Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 217 — Freitag, den 26. September 1919 — 46. Jahrg.

Die Arbeitsverfassung in den Betrieben.

Von Anton Erkelenz-Düsseldorf, Mitglied der Nationalversammlung.

Das Betriebsrätegesetz sieht in der ersten Lesung. Wir treten in die vor 15 Jahren von Naumann in Aussicht gestellte Zeit ein, in der vor allem die Arbeitnehmer und Unternehmer der Industrie den Weg zu einer Verfassung der Arbeit suchen und finden müssen. Lloyd Georges Ankündigung in der „Futur" beweist, daß das Land der Sieger sich mit denselben Fragen abzuquälen hat wie das Land der Besiegten. Wir können zum alten Arbeitsverhältnis der Unterordnung, des halbmilitärischen Gehorsams im Betriebe nicht zurückkehren. Aber wir müssen einen Weg in das Neue finden der unsere Wirtschaft nicht stört und zerstört, der die Betriebe nicht zum Tummelplatz politischer Leidenschaften macht, der nicht den Arbeitseifer und Arbeitswillen der Betriebsleitungen aufsteht.

Der Regierungsentwurf wird diesen Voraussetzungen nicht gerecht. Er fußt gegen seinen Willen auf dem Gedanken des Klassengegensatzes. Der Betriebsrat als Klassenorgan der Arbeitnehmer tritt gegen die Betriebsleitung in Kampfstellung, wird vom ersten Tage ab leicht in die Gefahr geraten, das Errungene nur als Vorstufe zu weiteren Forderungen nach Eingreifen in den Betrieb zu betrachten. Das Ende ist der scheinsozialistische Syndikalismus, der Egoismus der Betriebsarbeiter gegen die soziale Gemeinschaft.

Diesen grundsätzlichen Bedenken trägt ein Gesetzentwurf Rechnung, der vom Kongreß der freiheitlich-nationalen Arbeiter und Angestellten soeben der Nationalversammlung vorgelegt wird. Er wandelt den Betriebsrat zu einem Organ um, in dem Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gemeinsam zu gleichen Teilen über die Angelegenheiten beraten, die als gemeinsame Interessen aller im Betriebe tätigen Kräfte zu betrachten sind. Die einseitigen, die Klasseninteressen, vertreten die Gewerkschaften und Gewerkvereine im Tarifvertrag, und durch die Angestellten- bezw. Arbeiterausschüsse im Betriebe haben sie auch dort Einfluß. Im gemeinsamen Betriebsrat aber, der so von den kleinen Kämpfen um Lohn- und Gehaltsfragen befreit ist, können die Angelegenheiten zur Erledigung gelangen, in denen das Betriebsinteresse im ganzen zur Geltung kommt.

Damit ist ein grundsätzlich neuer Weg gezeigt, der selbst dann noch weitere Kreise beschäftigen wird, wenn er jetzt nicht angenommen werden sollte. Deshalb trägt der Gesetzentwurf auch den Titel: „Gesetz betr. die Arbeitsverfassung in den Betrieben", weil er versucht, im Betriebe, und zwar besonders in den größeren Betrieben, rechtliche Einrichtungen zu schaffen, die die bisherigen Reibungen aufzulösen geeignet sind. Er ist zum Preise von 1 ℳ zu haben im Verlag „Kongreß freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände" in Berlin, Greifswalder Straße 221.

Der Gesetzentwurf der Regierung bedeutet nach drei Richtungen eine Gefahr für die Gewerkvereins- und Gewerkschaftsbewegung. Da er wider Willen dem Syndikalismus den Weg ebnet, kann er zur Zerschlagung der allgemeinen Berufsvereine oder mindestens zu einem langen, harten Kampf zwischen dem sozialen Interesse aller Arbeiter und dem egoistischen Interesse der Syndikalisten in den bestgestellten Betrieben führen. Zweitens kann der Betriebsrat zur Organisation der Unorganisierten, der Zahlungssaulen, Bequemen führen. Und drittens kann bei einem geschickten Unternehmer der Betriebsrat zur gelben Organisation werden, durch die die allgemeine Gewerkschaftsbewegung in den Hintergrund gedrängt wird. Der Gesetzentwurf des Kongresses vermeidet diesen Weg, indem er durch den Aufbau der Betriebsräte einerseits, der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse andererseits und durch besondere Bestimmungen über die Beziehungen der Gewerkschaften zum Betriebe diese zum Mitträger der Organisation macht.

Aus den Kreisen der Unternehmer kommt viel Widerspruch gegen das Betriebsrätegesetz. Das Gesetz enthält einige Bestimmungen, die, ohne den Arbeitnehmern zu nützen, von den Unternehmern als eine Plage empfunden werden. Die Demokratische Fraktion hat als Partei der Arbeit die Aufgabe, der Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses die Bahn zu ebnen und dabei den ungestörten Fortgang der Betriebe zu sichern. Gesetzliche Bestimmungen allein können das nicht erreichen. Auch hier muß eine neue Gesinnung in alle Volkskreise einziehen, eine Gesinnung der Gemeinsamkeit und Verständigung. Diese Gedanken müssen gerade wir vertreten gegen alle Anfechtungen von rechts und links. Hier werden ganz besonders die Unternehmer sich hüten müssen, sich erneut in eine starre Opposition gegen die unvermeidlichen Umwälzungen unserer Tage zu begeben. Die Fehlerhaftigkeit der jahrzehntelangen Verneinung gegen die Gewerkschaften wird heute allseitig anerkannt. Der hier besprochene Entwurf des Kongresses weist den Weg, auf dem alle gesund denkenden Kreise sich treffen können.

Dem Regierungsentwurf wurde der Vorwurf gemacht, daß er von politischen Motiven beeinflußt sei. Wenn hier „politisch" bedeuten soll, daß über den Rahmen enger Klasseninteressen der Unternehmer und Arbeitnehmer hinaus neue Formen der Gemeinschaftsarbeit in Deutschland gefunden werden sollen, dann ist das kein Vorwurf sondern ein Lob. Es ist nicht bloß Aufgabe des Staatsmannes, Paragraphen zu drechseln, sondern Gesinnungen zu erzeugen, die den Fortgang des Volkslebens sichern. Es ist nicht bloß Aufgabe reifer Staatsbürger, irgendwelchen politischen Redensarten nachzulaufen, sondern durch eigene Tat mitzuhelfen, daß der aufsprossende Wille der Staatsmänner geistiges Eigentum aller wird. Deshalb werden weder Arbeiter noch Unternehmer, die weiterblickend sind, in der Ablehnung aller Mitarbeit sich der neuen Zeit entgegenstellen dürfen.

Nach dem Frieden.

Ein Funkspruch an alle deutschen Kriegsgefangenen.

In der in Weimar in der Zeit vom 20 bis 21. September abgehaltenen erweiterten Aufsichtsratssitzung des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Die Versammlung spricht ihre Befriedigung aus über die bisher von England, Amerika, Italien und Serbien vorgenommene Heimführung der Kriegsgefangenen und erwartet, daß die englische Regierung nunmehr auch die in den Kolonien und Überseeländern Internierten zurückgibt. Sie legt schärfste Verwahrung ein gegen die von englischer Seite in manchen Gefangenenlagern verbreitete Behauptung, daß an der Verzögerung der Heimschaffung die deutsche Regierung schuld sei. Mit allem Nachdruck wendet sich die Versammlung gegen die französische Regierung, die sich als einzige der Heimschaffung der Gefangenen vor der Ratifizierung des Friedens widersetzt, lehnt jede Verquickung der Auslieferung mit irgendeiner von Deutschland zu erbrechenden Leistung auf das entschiedenste ab und erwartet, daß bis zum Weihnachtsfest alle deutschen Gefangenen aus Frankreich der Heimat zurückgegeben sind. Aufs schärfste verurteilt sie, daß die Ententeregierungen, allen Geboten der Menschlichkeit entgegen, die bestraften deutschen Gefangenen nach Ratifizierung des Friedens auf unbestimmte Zeit in den Gefängnissen zurückbehalten wollen. Die Versammlung weist auf die besonders verzweifelte Lage der noch in Rumänien, Turkestan und dem Kaukasus befindlichen deutschen Gefangenen hin. Die Versammlung erkennt an, daß in der Frage der Heimschaffung der sibirischen Gefangenen das amerikanische Rote Kreuz zur Lösung dieser Frage beigetragen hat. Sie erwartet, daß die deutsche Regierung Mittel und Wege finde, die Gefangenen aus Sibirien vor weiterem Winteraufenthalt zu bewahren.

Die Versammlung beschloß ferner, folgenden

Funkspruch

an die der Heimat noch fernen Kriegsgefangenen zu leiten:

„Brüder! Die Heimat denkt an Euch, heut wie sonst, als Ihr die Freiheit verlort. Das deutsche Volk hat Euch nicht vergessen. Wenn Ihr uns wiedergegeben seid, werdet Ihr erkennen, was wir für Euch taten. Wir ruhen und rasten nicht, bis Ihr Eure Heimat, Eure Lieben wiedergewonnen. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen und der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen grüßen Euch über Raum und Zeit, durch Gefängnismauern und Stacheldraht. Glaubt auch weiter an Eure Heimat, an diejenigen, die Eurer stets gedachten."

Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen hat in einer besonderen Entschließung einmütig seinen Willen zum Ausdruck gebracht, seine volle Kraft für die weitere Befreiung der Gefangenen einzusetzen.

87 500 Heimkehrer.

Berlin, 25. Sept. Die Reichszentralstelle für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: In den Durchgangslagern sind bis einschließlich 23. September rund 87 500 Heimkehrer eingetroffen. Am 22. September sind zurückgekehrt: Nach Durchgangslager Lechfeld 1322 Gefangene aus Amerika, nach Magdeburg über Meschede 354 Gefangene aus einem englischen Gefangenenlager, nach dem Sennelager 1100 Gefangene aus England, nach Altengrabow 1174 Gefangene aus England, nach Heuberg 1270 Gefangene aus Amerika, nach Rastatt 1225 Gefangene aus Amerika, nach Zittau 1227 Gefangene aus England, nach Münster 1234 Gefangene aus England, nach Gießen 424 Gefangene aus England, nach Wetzlar 500 Gefangene aus England, nach Münster 1174 Gefangene aus England.

Zur Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Berlin, 25. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung richtete laut „Vorwärts" an die französische sozialistische Kammerfraktion die telegraphische Bitte, alle Kräfte für die schnellste Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

Die Gefangenen aus Belgien kehren heim.

Versailles, 25. Sept. „Nation Belge" teilt mit, daß die belgische Regierung am 25. September mit dem Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen beginnen werde. Täglich wird ein Zug mit 1000 Kriegsgefangenen bis zur Grenze der besetzten Zone fahren.

Viehablieferungsverhandlungen in Versailles.

Geheimer Regierungrat v. Ostertag, Leiter der Reichsfleischstelle, ist zusammen mit dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Thomsen vom Preußischen Landwirtschaftsministerium zu Verhandlungen über die Rindviehablieferung an Frankreich und Belgien nach Versailles entsandt worden.

„Vaterland" und „Imperator".

Aus New York wird gemeldet: Der Dampfer „Leviathan" (Vaterland) wird für den Passagierverkehr New York— Cherbourg—Southampton fertiggestellt. Der Umbau der Maschinen für Ölfeuerung und die Wiederverwendung des Schiffes für Passagierzwecke wird eine 700 000 Dollar kosten. — Der „Imperator" wurde der Cunard-Linie überwiesen.

Vor der Besetzung Oberschlesiens?

Beuthen, 25. Sept. Wie der „Katholik" aus Warschau erfährt, erklärte in der letzten Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages der stellvertretende Minister des Äußern Skrynski, daß nach zuverlässigen vorliegenden Meldungen die Besetzung Oberschlesiens durch die Ententetruppen noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages seitens Frankreichs und Italiens erfolgen werde, und zwar bereits Anfang Oktober. — Wahrscheinlich wird diese „zuverlässige" Nachricht wieder ihr Dementi finden.

Eine Völkerbundskonferenz in Brüssel.

„Telegraaf" meldet aus dem Haag, daß im Laufe des kommenden Monats in Brüssel eine Konferenz zur Beratung von Verbesserungen an den Völkerbundssatzungen stattfinden soll, an der sich die Völkerbundsorganisationen der alliierten und neutralen Länder beteiligen würden.

Die Gärung in Elsaß-Lothringen

hat von den Eisenbahnern nunmehr auch auf die Postbeamtenschaft übergegriffen. Der elsaß-lothringische Postbeamtenverband stellte soeben dem Generalinspektor Marty folgendes Ultimatum: 1. daß die äußerst dringliche Reform der Gehälter nur vorgenommen werden darf im Einvernehmen mit dem elsaß-lothringischen Statut; 2. Zahlung der Zwischenteuerungszulagen mit Wirkung vom 11. November 1918 ab; 3. sofortige Übertragung der zur Zeit unbesetzten oder nur provisorisch besetzten Stellen an elsaß-lothringisches Personal. „Mit Rücksicht darauf, daß den Forderungen des Personals seit neun Monaten nicht entsprochen worden ist, wird als letzte Frist einer günstigen Zusage der 1. Oktober festgesetzt, unter der bestimmten Voraussetzung, daß die paritätische Kommission sofort in Tätigkeit tritt."

Der frühere Chef des Eisenbahn-Hauptdepots in Metz-Sablon, Nègre, dessen Entlassung — die erste Forderung der streikenden Eisenbahner — von der Generaldirekton bewilligt werden mußte, schildert im „Rhin Français" den Besuch der Gewerkschaftsvorsitzenden, der den unmittelbaren Anlaß zum Streikausbruch gab. Die beiden Eisenbahnerführer hätten ihm „wörtlich" eröffnet: „Das Elsaß gehört zunächst den Elsässern und Lothringern, und es war wahrlich nicht der Mühe wert, die Deutschen fortzuschicken, wenn wir Franzosen jetzt alle guten Plätze in den Eisenbahnen, in der Industrie und im Handel einnehmen. Nichts funktioniert mehr richtig; wir werden oft beleidigt, und wenn wir Deutsch sprechen, werden wir mit „Sales Boches" tituliert. Man erschwert uns das Reisen; man spioniert uns aus und droht uns. Wir waren glücklicher, als wir deutsch waren. (!!) Wir machen so nicht weiter, und

Neueste Nachrichten.

Neuregelung der Arbeitsbedingungen im Bergbau.

Berlin, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Wie die Neue Berl. Zeitung hört, sollen die Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau einer weitgehenden Neuregelung unterzogen werden. Diese hat das Ziel, die Arbeitslust zu fördern. Es wird auch geplant, die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu verbessern und ihnen besondere Zuschläge in der Lebensmittelversorgung zukommen zu lassen. Mit dieser Verbesserung ist auch die beabsichtigte Preiserhöhung der Kohlen in Zusammenhang zu bringen.

Sperrung Bremens für die Schiffahrt infolge des Streiks.

Bremen, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Wie ein hiesiges Blatt erfährt, ist nach Rotterdam die Weisung gegeben worden, wegen des Streiks in Bremen vorläufig keine Schiffe nach Bremen zu leiten und die nach Bremen unterwegs befindlichen Schiffe nach einem anderen Hafen fahren zu lassen. Ein für Bremen bestimmt gewesener größerer Baumwolldampfer von etwa 11 000 Tonnen ist bereits in Rotterdam festgehalten und dort gelöscht worden.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Amsterdam, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Das Blatt „Telegraaf" meldet aus Brüssel, an der Völkerbundskonferenz der Alliierten und Neutralen, die im nächsten Monat in Brüssel stattfindet, von den Neutralen Holland und die Schweiz teilnehmen werden. Jedes Land wird 10 Abgeordnete entsenden. Das Ziel der Völkerbundskonferenz ist, alle Völkerbundorganisationen in den verschiedenen Ländern zu einer großen internationalen Organisation, deren Sitz vorläufig in Brüssel sein soll, zu verschmelzen. Der Plan geht von Leon Bourgois aus.

Ein Zeichen von Verstand in Frankreich.

Bern, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Der Pariser „Temps" schreibt: Man muß in Zukunft weniger in der Schweiz und mehr in Deutschland einkaufen. Der gesunde Menschenverstand verlangt gebieterisch, daß wir in jenem Lande einkaufen, wo der Franc ein Aufgeld erbringt. Man darf sich keiner Täuschung hingeben, denn gewisse Produkte, die wir in England oder in der Schweiz einkaufen, sind rein deutsche Produkte. — Dazu bemerkt das „Berner Tageblatt": Diese Anslassung des Pariser „Temps" hätte noch vor Wochen niemand für möglich gehalten.

Die deutschen Truppen in Mitau.

Kopenhagen, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Das Lettische Preßbüro meldet, daß in Mitau am 19. September direkt aus Deutschland in Eisenbahnzügen Mannschaften, Kriegsmaterial und vier weittragende Geschütze unter dem Kommando des Hauptmanns Krahpe eingetroffen sind. Eine weitere Batterie schwerster Artillerie sei unterwegs.

Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Die Herren Wroblewski, Korfanty und Diamant sind heute von Posen nach Berlin abgereist, um die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen vorzubereiten.

Folgen des Hafenarbeiterstreiks in Kopenhagen.

Hamburg, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Das Hamburger Fremdenblatt berichtet aus Kopenhagen: Die Meldung, daß die amerikanischen Reedereien infolge des andauernden Hafenarbeiterstreiks beabsichtigen, in Zukunft ihre Schiffe statt nach Kopenhagen nach Hamburg zu dirigieren, wird bestätigt. Gestern ist bereits ein großer amerikanischer Dampfer, der eine Ladung Spirituosen und Textilwaren an Bord hatte, nach Hamburg abgegangen, nachdem er über drei Wochen im Kopenhagener Hafen vergeblich auf das Auslöschen gewartet hatte.

Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Wie die „B. Ztg." meldet, wird die Direktion der Siemenswerke das Ultimatum ablehnen, das ihre Heizer ihr gestern abend mit neuen Forderungen überreicht haben, die weit über die Zugeständnisse des Schlichtungsausschusses hinausgehen. Am heutigen Abend findet eine Versammlung der Hauptvertrauensleute in der Metallindustrie statt, in der über die Streiklage beraten werden soll.

Wilsons Entscheidung über Fiume.

Zürich, 25. Sept. Nach Meldungen italienischer Zeitungen ist die von der Regierung erwartete Antwort Wilsons eingetroffen. Danach verlangt der amerikanische Präsident vor jeder Entscheidung, daß d'Annunzio Fiume räume. Ob d'Annunzio dieser Bedingung nachkommt, ist unbekannt. — Die New-Yorker Morning Sun meldet, daß Präsident Wilson sich durch keine Volksbewegung in Italien beeinflussen lasse, von seinem Plan abzugehen, da eine Änderung zweifellos zu einem Kriege zwischen Italien und den Südslawen führen müsse, wie unterrichtete Diplomaten versichern. Daher würde der Präsident zweifellos auch die vergangenen Mittwoch gemachten Vorschläge Italiens verworfen, trotzdem Großbritannien und Frankreich sie gutgeheißen hätten. Trotzdem Lloyd George und Clemenceau die Stadt Fiume an Italien geben und den Hafen internationalisieren wollen, sei Präsident Wilson der Meinung, daß Stadt und Hafen nicht getrennt werden können, und daß das einzige, was er annehmen könne, die Internationalisierung beider Teile und ihre Stellung unter den Völkerbund sei. Der Präsident müsse die Weltinteressen in Betracht ziehen und alle zukünftigen Möglichkeiten überdenken, um einen ferneren Krieg zu verhüten. Die Zeitsache, daß zwei bedeutende europäische Staatsmänner gegen ihn sind, hat keinen großen Eindruck auf ihn gemacht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0001

wenn die Zustände andauern, so gibt es viele, die lieber nach Deutschland gehen."

Die amerikanischen Republikaner und der Friedensvertrag.

Amsterdam, 24. Sept. Dem „Daily Telegraph" wird aus Washington gemeldet, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat jetzt endgültig als gesichert gelte. Die republikanische Partei habe ihre Opposition zwar nicht aufgegeben und werde nach wie vor für die Abänderungsanträge eintreten. Sie werde aber unter keinen Umständen gegen die Ratifizierung stimmen, wenn die Abänderungen abgelehnt werden sollten. Dieser Stimmungsumschwung ist auf parteipolitische Erwägungen zurückzuführen. Die republikanischen Führer fürchten eine schwere Niederlage bei den kommenden Wahlen, wenn sie den Friedensvertrag verwerfen. Des weiteren glauben sie, durch Annahme des Friedens- und Völkerbundsvertrages eine dritte Präsidentschaftskandidatur Wilsons hintertreiben zu können. Wilson würde nach Inkrafttreten des Völkerbundes voraussichtlich zu dessen Präsidenten gewählt werden und dann darauf verzichten, zum dritten Male als Präsidentschaftskandidat sich aufstellen zu lassen.

Zur Lage im Reiche.

Aus Spartakus' Geheimarchiven.

Im Anschluß an die Verhaftungen der Halleschen Kommunisten hat der preußische Ministerpräsident Hirsch im Haushaltsausschuß der Landesversammlung in ausführlicher Weise auf die Entdeckungen der sächsischen Regierung hinsichtlich der Geheimagitation des Spartakusbundes Bezug genommen. Es dreht sich dabei um eine ausführliche Instruktion an alle Vertrauensmänner der spartakistischen Verbände in Deutschland, Deutsch-Österreich und der Tschecho-Slowakei, und der Inhalt ging dahin, daß eine streng geheime politische Organisationsgruppe gegründet sei, welche eine Namensliste aller politischen Persönlichkeiten anzulegen hätte. Auf Grund dieser Liste sollen dann bei dem nächsten Aufstand alle „Feinde" „bingfest" gemacht und „abgeurteilt" werden. Wer die einzelnen Morde auszuführen hätte, werde durch das Los bestimmt werden, und auf Nichtausführung des Mordauftrages stehe der Tod, desgleichen für jeden Verrat. Man sieht also, daß die Kommunisten auch hier bis ins kleinste dem großen russischen Beispiele nacheifern, denn das ist eine Technik und Taktik, die im zaristischen Rußland früher und jetzt mit Meisterschaft geübt werden. Damit man nun aber nicht etwa glaubt, daß es sich nur um theoretische Betrachtungen handelt, wurden kürzlich bei dem Kommunisten Heise in München die Pläne für den neuen gewaltsamen Umsturz entdeckt, der im Dezember bewerkstelligt werden sollte. Diese Entdeckungen stehen nun in einem offenbaren Gegensatz zu den offiziellen Äußerungen auf den Kommunistentagungen der letzten Zeit, wo die Redner mehrfach zugegeben haben, daß „die Straße verloren sei". Jedenfalls arbeitet man im Geheimen auf der alten Bahn mit allen Kräften weiter. Das ist die Erkenntnis, die die Entdeckungen der sächsischen und der bayerischen Regierung vermitteln und sie ist immerhin von erheblichem Gewicht, auch wenn man im allgemeinen der Überzeugung hinneigen möchte, daß die Zeit für eine spartakistische Bewegung größeren Umfanges vorüber ist.

Aus jenen Geheimplänen erhellt jenseits von allem Zweifel, daß die entschlossensten Kreise des Kommunismus nach wie vor auf die „Propaganda der Tat" schwören, und bei der nach wie vor äußerst gespannten innerpolitischen Lage kann man darüber nicht ohne weiteres hinweggehen. In diesem Sinne ist also die Aufdeckung der dunklen Schlachtpläne des Kommunismus zu begrüßen, denn eine Gefahr, deren man sich bewußt ist, hat die Hälfte ihrer Bedrohlichkeit eingebüßt. Die Regierungen in den einzelnen Ländern werden aber, wie bisher, alle Wachsamkeit aufzubieten haben, damit diesen schwarzen Plänen rechtzeitig entgegengetreten werden kann. Die Öffentlichkeit hat die Kunde von ihnen mit nicht geringer Beunruhigung aufgenommen, denn bisher ist es noch niemals in einem ähnlichen Maße gelungen, über die Organisation des schwarzen Aufruhrs so weitgehende Kenntnis zu erhalten. Das letzte Aufflackern des Spartakismus darf nicht zu einem neuen Brande werden.

*

Massenverhaftungen von Kommunisten in Dresden.

Dresden, 25. Sept. Auch hier sind in diesen Tagen viele Kommunisten verhaftet worden, unter anderen der Parteisekretär für Ostsachsen namens Bettmann und sein Gehilfe, ferner verschiedene Personen, die zufällig auf das Parteisekretariat kamen. Letztere sind aber wieder freigelassen worden, während Bettmann und sein Gehilfe sich noch in Haft befinden. Zweifellos sind diese Maßnahmen mit der Aufdeckung kommunistischer Putsch- und Mordpläne auch in Sachsen in Zusammenhang zu bringen. Ein Rundschreiben an die deutsch-böhmischen Kommunisten, das den Stempel „Parteisekretariat des Spartakistenbundes Großsachsens" trägt, enthüllt das Treiben einer deutschen Komorra und bestätigt vollauf die bisher schon bekannt gewesenen Pläne der äußeren Linken. In der Einleitung des Berichts heißt es:

„Bald wird an die deutsch-böhmischen Genossen der Ruf ergehen, mit dem Bunde gemeinsame Sache zu machen. Wie Ihr von unseren Vertrauensmännern berständigt worden seid, finden zurzeit in Berlin, Hamburg und Bremen kommunistische geheime Zusammenkünfte aller Genossen der Welt statt, die schwerwiegende Beschlüsse für das gesamte internationale Proletariat schaffen werden. Die Weltrevolution beginnt erst jetzt, nachdem wir unsere Genossen zur politischen Reife gebracht haben. Der Gewaltfriede bei die Bevölkerung zu Kommunisten gemacht. Sie werden aus ihm die Konsequenzen ziehen, denn die Regierung ist auf dem Stadium der Unmöglichkeit angelangt. Ein gut angelegter Putschversuch wird dieselbe mit einem Schlage wegfegen. Bereits sind von unserer Seite schon Urteile erfolgt und zum Teil auch vollzogen worden."

Die Genossen werden dann weiter ermahnt, vorsichtig zu arbeiten und ferner Bericht zu erstatten, wie der Betrag von 5000 Kronen für die nordböhmischen Kommunistenorgane verwaltet worden ist. Weitere Gelder seien dem Genossen Tomann in Wien erhältlich.

Im übrigen sind auch der sächsischen Regierung diese Anweisungen zum politischen Mord an die politischen Organisationen bekannt geworden, wie sie bereits der preußische Ministerpräsident Hirsch im Haushaltsausschuß der preußischen Kammer mitgeteilt hat.

Nach einer Meldung aus Halle sind inzwischen von den acht hier verhafteten Kommunisten drei wieder freigelassen worden.

Angebliche Umsturzpläne der Usi und Kozi.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" will „aus Roten Armeekreisen" folgende Einzelheiten über neue Umsturzpläne erhalten haben:

1. Aufhören der rüden Angriffe in der radikalen Presse, um dadurch Regierung und Bürgerliche in Vertrauensseligkeit einzulullen.
2. Die radikale Presse hat auf die Intellektuellen ihr Hauptaugenmerk zu richten.
3. Organisation der Intellektuellen.
4. Die Massenorganisationen der K. P. D. und U. S. P. D. sind zunächst Demonstrationsorganisationen. Kampf- und Stoßtrupps werden gesondert bestimmt. Das zu einer Verbrecherglitze organisierte Lumpenproletariat mit einem Haufen Matrosen bildet die Kampftruppe. Der Angriff erfolgt nicht in Massen. Für jede militärische und besonders unbeliebte Zivilbehörde werden die kleinen Gruppen besonders eingeteilt. Der Angriff erfolgt zu einer bestimmten Stunde nachts. Zu gleicher Zeit werden besonders unbeliebte Militär- und Zivilpersonen in ihren Wohnungen ausgehoben und erledigt. Eingehende Beobachtung der Örtlichkeiten ist bereits eingeleitet.
5. Mit dem Losgehen der Kampftruppen treiben die Zehner- und Hunderterräte die nur zum Teil bewaffneten Massen auf die Straße. Diese Massen sollen bestimmte Straßen füllen und durch lärmende Auftritte Verwirrung schaffen.
6. Die in den Kasernen liegenden Truppen sollen, soweit nicht eine Kampfaktion gegen sie unternommen wird, durch besondere Demonstrationen am Vorgehen gehindert werden. Bei diesen Demonstrationen werden Frauen, Kinder, Greise und Kriegsbeschädigte vorgeschoben. In Hamburg ist dieses an einem Schulbeispiel das erste Mai erprobt worden. Die Münchener Drahtzieher Kröpelin und der Kommunistenführer Otto Thomas waren in diesen Tagen in Hamburg.
7. Auf die Auswahl geeigneter Führer wird besonderer Wert gelegt, gerade auch für die Organisation der Massen werden erfahrene Führer bestimmt. Gelegentlich wird gesprochen von in Ungarn eingeschulten Elementen.

Ob es sich bei Vorstehendem um einen von der Parteileitung ausgehenden Plan handelt, will uns zweifelhaft erscheinen. Wir sind eher geneigt anzunehmen, daß das Aktionsprogramm die private Leistung eines einzelnen Parteifanatikers ist.

*

Die Streiklage.

Vom Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 25. Sept. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Metallarbeiterstreik im Laufe des gestrigen Tages keine wesentliche Vergrößerung erfahren. Gestern vormittag sind bloß die Arbeiter einer Abteilung der A. E.-G. in den Streik getreten, während in allen anderen Betrieben, die vom Streik verschont geblieben sind, gearbeitet wird. Verhandlungen finden noch immer nicht statt, da weder die Vertreter der Metallindustriellen noch die der Metallarbeiter die ersten Schritte zu einer Verständigung machen wollen. Über die weitere Entwicklung des Metallarbeiterstreiks läßt sich, wie uns von Arbeitsbörsenseite mitgeteilt wird, zur Stunde noch nichts sagen, da man nicht weiß, was die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes eigentlich bezweckt.

Im Berliner Metallarbeiterstreik ist, wie uns telegraphisch berichtet wird, augenblicklich ein Stillstand eingetreten. In fast allen Betrieben, in denen gestern Abstimmungen erfolgten, wurde die Beteiligung abgelehnt. Wie der „Vorwärts" schreibt, lasse es sich augenblicklich noch nicht voraussehen, **ob der Streik sich zu einem großen Ringen entwickeln werde.**

Verschärfung der Streiklage in Bremen.

Aus Bremen in Berlin eintreffende Nachrichten besagen, daß der Streik der Hafenarbeiter fast allgemein geworden ist. Der Transportarbeiterverband hat zwar die Teilnahme abgelehnt, aber die Arbeitswilligen werden von den Streikenden an der Arbeit gehindert. Voraussichtlich wird Donnerstag mittag eine große Demonstration der Streikenden stattfinden. In Hamburg dagegen ist der Streik bedeutungslos geblieben. Die Ausladung der Lebensmittelschiffe ist nicht gestört.

Folgen des Seemannsstreiks.

Berlin, 25. Sept. (Amtlich.) Die Admiralität teilt mit: Der Seemannsstreik in den Nordseehäfen zeitigt üble Folgen für den Abtransport unserer Gefangenen aus England. Die Dampfer „Willareal" und „Melita" sollten gestern von Hamburg nach Bremerhaven auslaufen, um dort ihre Ausrüstung zu beenden. Infolge des Seemannsstreiks war es bis jetzt nicht möglich, die Dampfer in Fahrt zu setzen.

Hamburg, 25. Sept. Die Beteiligung der Streikbewegung unter den Seelenten hat bisher noch keinen größeren Umfang angenommen, doch haben sich Matrosen und Maschinisten der Fischdampfer fast ausnahmslos aus Sympathie dem Streik des Deutschen Seemannsbundes angeschlossen, so daß zurzeit alle Fischdampfer aufliegen. Die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute sprachen sich gegen die Beteiligung am Streik aus.

Ein wilder Streik!

Der Bremer Transportarbeiterverband veröffentlicht eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß es sich bei dem Seemannsstreik um einen wilden Streik handelt, der von kommunistischen Drahtziehern verursacht worden ist.

Der gesamte Fischdampferverkehr eingestellt.

Hamburg, 25. Sept. Aus Cuxhafen wird gemeldet, daß der gesamte Fischdampferverkehr infolge des Streikes ruht.

*

Keine Einigung der Sozi und Usi in Sachsen.

Dresden, 25. Sept. Sicherem Vernehmen nach können die Verhandlungen der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten in Leipzig wegen gemeinsamer Regierungsbildung als gescheitert betrachtet werden.

Ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg." in Leipzig sprach mit einem Führer der dortigen Unabhängigen, er erklärte, daß er zurzeit nicht an das Zustandekommen einer Einigung der Sozialisten glaube. Nach seiner Meinung sollten die Unabhängigen nicht die Kohlen für die Mehrheitssozialisten aus dem Feuer holen. Die Zeit für die Unabhängigen komme ganz von selbst.

*

1500 Millionen Mark nutzlos geopfert.

Nicht Senkung, sondern Steigerung der Lebensmittelpreise.

An die Reichsregierung haben die sozialdemokratischen Abgg. Meerfeld, Frau Roehl und Sollmann laut der „Rhein. Ztg." folgende Anfragen gerichtet: Die seinerzeit von der Reichsregierung zur Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellten 1½ Milliarden Mark sind jetzt aufgezehrt, ohne daß sich die Erwartung erfüllt hat, daß gegen den Herbst erträglichere Zustände auf dem Warenmarkt eintreten und die Preise heruntergehen würden. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Namentlich in Westdeutschland sind die Preise nicht nur aller Lebensmittel, sondern auch sämtlicher Verbrauchsgegenstände weiter gestiegen. Diese Entwicklung treibt zur Katastrophe, wenn nicht in möglichster Eile entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden. Wir fragen: Ist die Reichsregierung bereit, geeignete Maßnahmen sofort in die Wege zu leiten? Ist sie ferner bereit, mit den Besatzungsbehörden im Rheinland in Verhandlungen zu treten um durch Wiederherstellung der alten Zollgrenze den wilden Handel und dadurch den Wucher erfolgreicher als bisher bekämpfen zu können? Ist sie bereit, sich durch geeignete Maßnahmen bei der Bekämpfung des im Rheinland zu einer wahren Pest gewordenen Schiebertums zu bemühen?

Politische Übersicht.

Feierliche Verabschiedung der Sudetendeutschen.

Wien, 25. Sept. (Korr.-Büro.) Gestern nachmittag hat eine feierliche Verabschiedung der Vertretungen und Regierungen der Sudetendeutschen durch die Republik Deutsch-Österreich im Sitzungssaal der Nationalversammlung stattgefunden. Präsident Seitz begrüßte in seiner Ansprache in der Nationalversammlung die schmerzliche Verpflichtung des Friedensvertrages, über 3½ Millionen Volksgenossen in den Sudetenländern einem sprach- und volksfremdem Staatenwesen zu überantworten, schilderte, wie die Sudetendeutschen durch freiwilligen Beitritt zu Deutsch-Österreich gekommen seien und ihren unverzeßlichen Kampf um ihr heiliges Selbstbestimmungsrecht. Die unaufhaltsame Entwickelung der Völker und Staaten in Europa werde auch den Brüdern in den Sudetenländern eine Tages das Selbstbestimmungsrecht wieder bringen, das der Gewaltfriede von Versailles und St. Germain ihnen geraubt habe. Staaten werden und vergehen, Völker aber bleiben; von beiden gehen unsere Tage unbestreitbares Zeugnis. Noch ist auch die deutsche Sache nicht verloren. (Heilrufe, langanhaltender Beifall.)

König Albert wünscht die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

Der „Daily Expeß" veröffentlicht eine Unterredung mit König Albert von Belgien vor dessen Abreise nach Amerika. Der König sagte, der Haß gegen die Deutschen werde in Belgien noch jahrelang fortdauern, da Belgien nicht vergessen könne, wie viele seiner Bürger erschossen oder verschleppt worden seien. Die Handelsbeziehungen würden jedoch selbstverständlich wieder aufgenommen werden. Hinsichtlich des Völkerbundes meinte der König, daß die belgischen Staatsmänner volles Vertrauen zu dieser Einrichtung hätten. Falls der Völkerbund ein Mißerfolg würde, und falls ein neuer Krieg Europa bedrohen sollte, würde Belgien sich genau so verhalten, wie im Jahre 1914.

Ein Gerichtsverfahren gegen belgische Redakteure wegen Hochverrats.

Die Pariser „Information" meldet aus Brüssel: Vor dem Schwurgericht Antwerpen findet in dieser Woche ein Riesenprozeß gegen zahlreiche Journalisten und Redakteure solcher belgischen Zeitungen statt, die während der deutschen Besetzung erschienen sind und sich der deutschen Zensur unterworfen haben. Die Anklage lautet auf Landesverrat. Das Beweismaterial stützt sich auf Aktenstücke, die von der deutschen Zivilverwaltung in Belgien zurückgelassen wurden.

Deutschland.

— **Neue Regierungspräsidenten.** Die preußische Staatsregierung hat den Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, Freiherrn von Braun, zum Präsidenten der Regierung in Gumbinnen, den Schriftsteller Ludwig Bartels aus Frankfurt a. O. zum Präsidenten der Regierung in Frankfurt a. O., den Stadtrat Dr. Hausmann aus Stettin zum Präsidenten der Regierung in Stralsund und den Amtsgerichtsrat Dr. Belzer aus Sigmaringen zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen ernannt.

— **Winnig Oberpräsident von Ostpreußen.** Die preußische Staatsregierung ernannte den Gewerkschaftsbeamten, Reichs- und Staatskommissar Winnig, Königsberg in Ostpreußen, zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen.

— **Balbiae Neuwahl.** Die „Natl. Korr." schreibt: Wie aus mehreren Anzeichen der letzten Zeit hervorgeht, rechnet man in den maßgebenden politischen Kreisen mit der Möglichkeit, daß im Januar des nächsten Jahres die Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstages stattfinden wird. Es ist unter diesen Umständen Pflicht der Parteiorganisationen, die Möglichkeit eines nahen Wahltermins ins Auge zu fassen und alle Vorbereitungen zu treffen, damit sie im Bedarfsfalle gerüstet sind."

Provinz und Umgegend.

† **Magdeburg**, 25. Sept. Ein schweres Unglück ereignete sich hier am Mittwoch-Nachmittag auf dem Hofe der Kaserne Rabensberg. Durch einen spielenden Knaben kam eine Handgranate zur Explosion, die das Fenster und Buchstäblich in Stücke riß. In der gegenüberliegenden Front wurden nahezu sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

*

Der bereitete Mordplan der Halleschen Kommunisten.

Aus Halle wird uns hierzu noch folgendes berichtet: Die beiden Münchner Kommunisten Graf und Fronta sind erst 21 Jahre alt; ersterer ist von Beruf Schlosser, der andere Buchbinder. Beide haben in München als Angehörige der Roten Armee eine große Rolle gespielt. Gegen Graf ist dort ein Verfahren wegen Hochverrats im Gange und gegen Fronta ein solches wegen Unterschlagung. Grafs Festnahme erfolgte bei einem Raubanfall in der Merseburger Straße. Nach ihrer Ankunft wandten sie sich an den hiesigen Vorsitzenden der K. P., Steinbrecher, der sie an die Genossin Hoffmann verwies. Fronta und die Hoffmann sind aus dem Tage in Leipzig gewesen, zu welchem Zwecke ist noch nicht bekannt. Die Hoffmann hat zugegeben, daß sie vor etwa vier Wochen an einer Sitzung teilgenommen habe, in welcher der Fall Hartung besprochen wurde. Daß man gleichzeitig eine Reihe anderer Persönlichkeiten beseitigen wollte, ist noch nicht festgestellt worden, doch liegen verschiedene Anzeichen vor, daß man noch andere Personen auf der schwarzen Liste führte. Graf erklärte bei seiner Vernehmung, beauftragt zu sein, den Hartung unzubringen. Hartung, der wegen begangener Straftaten sich in Haft befindet, ist dadurch mit dem Leben davongekommen. Die beiden Münchener waren vollständig mittellos, sie erhielten auch kein Geld von den Halleschen Kommunisten, so daß sie Raubüberfälle begingen. — Drei der am Montag in Haft Genommenen sind wieder entlassen worden, da für ihre Mitschuld nicht genügend Beweismaterial vorhanden war. Die übrigen wurden in Haft behalten.

Merseburg und Umgegend.

25. September.

** **Vom Versicherungsamt.** Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt ist der Gerichtsassessor Wilhelm Heine zu Merseburg durch den Gemeindeverband bestellt worden, dessen Bestätigung nunmehr erfolgt ist.

** **40 jähriges Arbeitsjubiläum.** Der Zigarrenmacher Franz Schmidt, Schmale Straße wohnhaft, begeht am 26. September bei der Firma Zigarrenfabrik Mühlsdorf's Söhne hier, Neumarkt, sein 40 jähriges Arbeitsjubiläum. Gewiß ein erfreuliches Zeichen von gutem Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

** **Verlegt wird das Stadtsteueramt** am heutigen Tage nach dem alten Rathaus, wo es von morgen ab tätig ist. Eingang zu dem Amt von der Olgrube aus.

** **Rückliefernng von Kirchenglocken.** Das Demobilmachungsamt hat die Freigabe der noch nicht eingeschmolzenen Kirchenglocken, 86% an der Zahl, verfügt. Es handelt sich um die während des Krieges zur Ablieferung gelangten, aber wegen ihres hohen Kunstwertes bisher nicht verwendeten Glocken. Die Rückgabe erfolgt auf Antrag der betr. Kirchengemeinden.

** **Postalisches.** Der allgemeine Telegrammverkehr mit Belgien in offener deutscher, englischer, französischer, italienischer und japanischer Sprache ist wieder eröffnet worden. Wortgebühr 30 ₰.

** **Bezug von Seife zu technischen Zwecken.** Die Versorgung mit Seifen, welche für technische Zwecke geeignet sind, ist nach wie vor sehr knapp. Infolgedessen können Seifen zu technischen Zwecken wie bisher nur gegen Bezugsschein abgegeben werden. Die erforderlichen Mengen sind von Kleinbetrieben, welche nicht mehr als 9 Arbeiter beschäftigen, bei der zuständigen Ortsbehörde zu beantragen, während Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern ihre Anträge an die Seifen-Verteilungs- und Vertriebs-Gesellschaft, Berlin W. 30, Hohenstaufenstraße 38, zu richten haben.

** **Kerzenverlegung.** Die in den letzten Tagen durch die Zeitungen gegangene Nachricht, daß Kerzen nicht mehr der Reichsbewirtschaftung unterliegen, scheint vielfach zu der irrigen Annahme geführt zu haben, daß Kerzen nunmehr wieder in unbeschränktem Umfange zur Verfügung stehen. Dem ist leider nicht so. Wohl werden die Kerzen von den einheimischen Fabriken wiederum durch den legitimen Handel der Bevölkerung zugeführt, die zur Verfügung stehenden Mengen sind aber infolge des Rohstoffmangels — eine Folge der allgemein ungünstigen Wirtschaftslage — nach wie vor außerordentlich knapp und stehen in keinem Verhältnis zu der infolge der allgemeinen Leuchtmittelnot hervorgerufenen enormen Nachfrage.

** **Erleichterte Eheschließungen für zurückgekehrte Gefangene.** Die heimgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen sind häufig nicht imstande, die nötigen Urkunden für die Eheschließung mit der gewünschten Beschleunigung beizubringen. Die Standesbeamten können aber auf die Urkunden verzichten, wenn ihnen die Tatsachen glaubhaft nachgewiesen werden. Daher hat der Minister des Innern die Standesbeamten darauf hinweisen lassen, daß sie in derartigen Fällen besonderen Anlaß haben, der Gesuchs Gebrauch zu machen.

** **Volksgift.** Die jüngsten Verhandlungen im Berliner Stadtparlament haben jedem die Augen geöffnet über die gegenwärtige große Gefährdung unseres Volkes und unserer Jugend durch Schund- und Schmutzliteraturerzeugnisse wozu in letzter Zeit der Schmutz im Kino gekommen ist. Wer will daß die Arbeit gegen den Schmutz im öffentlichen Leben, wozu das skrupellose Treiben fanatisierender und profitgierigster Volksverführer, erfolgreicher werde, unterstütze den „Volksbund zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild", Berlin NW. 87, Beuthstraße 44 h. Mit seinen jahrzehntelangen Erfahrungen wird er der jetzt ins Große gehenden Zusammenfassung aller gleichstrebenden Kräfte wichtigste Dienste leisten können.

** **Warnung vor einer „Deutschrift".** In Zeitungsanzeigen wird mit großer Reklame der Bezug einer Deutschrift: „Die Reichslande, Auswanderung nach Süd-, Mittel- und Nordamerika, Afrika, Asien und Australien", zum Preise von 4,50 ℳ angeboten. Die Schrift enthält auf 10 kleinen Druckseiten eine Zusammenstellung von Unterlagen, die meist Zeitungen und sonstigen Veröffentlichungen entnommen sind, und entbehrt jeder wirklichen Auskünfte. Der erhöhte Preis steht in keinem Verhältnis zu der Wertlosigkeit dieses Buches und wird vor dem Ankauf gewarnt.

** **Der Streik der Zimmerleute** dauert immer noch an. Die Forderungen der Zimmerer des Leunawerkes auf 15 Prozent Teuerungszulage sind zwar bewilligt worden, doch wollen die Arbeitgeber den Zimmerleuten nur 13½ Prozent Lohnaufschlag gewähren. Da aber die Bewegung gemeinsam durchgeführt wird, will die Arbeit nicht eher aufgenommen werden, bis für die Merseburger Zimmerer die gleiche Zulage bewilligt ist. Von der Streikleitung der Arbeiter wurde die Forderung der Bezahlung der gesamten Streikzeit dahin ermäßigt, daß die Streiktage vom letzten Montag ab zu bezahlen sind. Am Dienstag nachmittag nahmen die Ausständigen in Versammlungen in Merseburg und Leuna zu dem Angebot der Arbeitgeber Stellung. In geheimer Abstimmung wurde mit 41 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit und 236 Stimmen für Weiterstreiken dahin entschieden, daß die Forderungen gleichmäßig für alle Streikenden in Merseburg und in den Leunawerken zu bewilligen sind.

** **Die Tagung des Bundes Deutscher Jugendvereine** vom 28. bis 30. September in Magdeburg verspricht zu einem deutschen Jugendtag voll neuer hoher Ziele und leuchtender Zukunftsgedanken zu werden. Wichtige Fragen, wie „Politik und Erziehung", Arbeiterjugend", „Mädchenvereinsarbeit", „Jugendpflege oder Jugendbewegung",

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0002

„Kampf gegen Volkslaster" werden von berufenen Kennern erörtert werden. Zum Sonntag haben sich bereits diese Jugendliche angemeldet, um an dem Festgottesdienst in der Johanniskirche (Stv. Prof. Bittorn-Merseburg), wie an den Weihkämpfen, Spielen und Volkstänzen am Nachmittag und der Jugendfeier im Vittorin-Theater am Abend teilzunehmen. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an Bankbeamten Schultze-Magdeburg, Ankerstraße 1.

** **Landesverband der Generalkommissions- und Spezialkommissionssekretäre Preußens.** Die Bezirksvereinigung Hannover hielt am letzten Sonnabend in Hannover im Dienstgebäude der Generallandschaftskommission ihre erste Mitgliederversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden der Bezirksvereinigung Generalkommissionssekretär Liebtke-Hannover, erstattete dieser Bericht über die bisherige Tätigkeit der Vereinigung. Sodann ergriff der Verbandsvorsitzende Generalkommissionssekretär Nebel-Merseburg das Wort zu einem zweistündigen Vortrag über gewerkschaftliche Beamtenorganisation, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Da die beiden Vorträge mehr als fünf Stunden Anspruch nahmen, mußte die Sitzung abends um 9 Uhr abgebrochen werden. Am Sonntag wurde vormittags 9 Uhr die Sitzung wieder fortgesetzt. Zunächst sprach der Verbandsvorsitzende Nebel über die bisherige Tätigkeit und die Erfolge des Landesverbandes. Darauf trat man in die Besprechung der geschäftlichen Angelegenheiten der Bezirksvereinigung Hannover ein. Die Versammlung war zahlreich von Mitgliedern aus den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein besucht. Am Schlusse der Versammlung, am Sonntag, wurde dem Verbandsvorsitzenden Nebel der wärmste Dank sämtlicher Mitglieder der Bezirksvereinigung für seine erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Kollegen dargebracht. Als äußeres Zeichen ihrer Dankbarkeit verpflichteten sich die Mitglieder der Bezirksvereinigung Hannover, sofort 100 M der Verbandskasse überweisen zu lassen, ein besonders beachtenswertes Vorgehen in Beamtenkreisen. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde die Versammlung mit Dankesworten des ersten Vorsitzenden an die Mitglieder der Bezirksvereinigung geschlossen. Der für den Nachmittag geplante Ausflug mußte leider wegen der regnerischen Witterung unterbleiben. Am Montag und Dienstag, 22. September traten der Vorsitzende des Landesverbandes, die Mitglieder des Vorstandes der Bezirksvereinigung Hannover und eine besonders gewählte Kommission zur Beratung der Satzungen für die Bezirksvereinigung und zur Anerkennung der Verbandssatzungen zusammen. Immer wieder wurde die Genugtuung bei allen Verhandlungen betont, daß endlich durch die Verbandsgründung ein fester Zusammenhang zwischen den einzelnen Amtskollegen geschaffen worden ist. — Wie wir hören, wird der Landesverbandsvorsitzende Generalkommissionssekretär Nebel-Merseburg bereits am Freitag dieser Woche wieder nach Hannover fahren, um an einer Vorstandssitzung der Bezirksvereinigung Hannover erneut teilzunehmen. Von Hannover aus wird er nach Minden (Westf.) zu einer Vorstandssitzung der Bezirksvereinigung Münster fahren und am 28. September in Hamm bei den Mitgliedern der vorgenannten Bezirksvereinigung einen Vortrag halten. Ferner wird der Landesverbandsvorsitzende in der Zeit vom 8. bis 12. Oktober d. J. als Vertreter des Landesverbandes an den Beratungen des Gewerkschaftlichen Bundes der deutschen Verwaltungsbeamten, dessen Vorstandsmitglied er auch ist, in Berlin teilnehmen. Erwähnt sei noch, daß das Konto des Landesverbandes bei der Landschaftlichen Bank in Halle, Martinsberg 10, die Bezeichnung führt „Spezialkommissionssekretär Göpel für den Landesverband der Generalkommissions- und Spezialkommissionssekretäre Preußens". Es wird gebeten, sich in allen Kassenangelegenheiten an den ersten Kassenwart, Spezialkommissionssekretär Göpel in Halle, Hardenbergstraße 6, zu wenden.

** **Der hiesige Mieterverein** hielt am 23. d. M. im „Zivoli" wieder eine Mitgliederversammlung ab, die besser besucht war als die früheren; immerhin hätte man annehmen sollen, daß, sobald es sich um Mieterinteressen handelt, sich die Mieter zahlreich zusammenfinden würden. Der Vorsitzende, Rechnungsrat Fröbe, begründete zunächst die gewählte Form der durch Wurfkarte erfolgten Einladung. Sodann wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Vom 26. bis 28. September 1919 findet der 14. Verbandstag Deutscher Mietervereine in Dresden (der erste seit Kriegsausbruch) statt. Dem Vereine sind vom Verbande eine Reihe Anträge anderer Vereine mitgeteilt worden, die nun zur Beratung gestellt wurden. Es lagen Anträge vor vom Mieterverein Magdeburg, Zittau, Kiel, Hamburg, Plauen i. V. und vom Verbandsvorstande in Dresden. Sie wurden mit ihren Begründungen vorgelesen, besprochen und ihnen zum größten Teil zugestimmt. Einstimmig wurde beschlossen, den Verbandstag zu beschicken und die Kosten zu bewilligen. Als Vertreter wurde der Vorsitzende des Vereins gewählt. — Vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten in Berlin (Adolf Damaschke) lag ein Entwurf zur einem Reichsgesetz über „Heimstättenrecht und Kriegerheimstätten" zur Kenntnisnahme vor. Nach erfolgter Aussprache wurde auf Antrag des Vorsitzenden folgende Entschließung gefaßt:

Die im „Zivoli" versammelten Mitglieder des Merseburger Mietervereins nehmen folgende Entschließung an: Wir halten ein Reichsgesetz über Heimstättenrecht und Kriegerheimstätten zur Linderung der großen Wohnungsnot und zur Seßhaftmachung der Arbeiter und heimgekehrten Krieger für dringend notwendig und erwarten von der Regierung die baldige Vorlage eines solchen Gesetzes an die Nationalversammlung.

Die Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 1 M auf 2 M jährlich wurde im Hinblick auf die allgemeinen Teuerungsverhältnisse einstimmig beschlossen. — Die Vorstandswahl wurde von der Tagesordnung abgesetzt und einer späteren Versammlung vorbehalten. — Es folgten nun noch weitere Besprechungen, die außerhalb der Tagesordnung lagen. Beraten wurde die Stellungnahme des Hausbesitzervereins gegenüber dem Mietseinigungsamte. Daß die gerechten Entscheidungen des Amtes einem großen Teile der Vermieter nicht passen, läßt sich wohl denken, aber wo bliebe heute der arme Mieter, wenn er nicht durch die „Mieterschutzverordnungen" geschützt würde? Die Mietspreise würden ins Unermeßliche steigen und die Lebenshaltung des Mieters noch viel mehr verteuern, als es ohnehin schon ist, namentlich hätten hierunter die Feldbesitzer und Arbeiter besonders schwer zu leiden. Daß eine angemessene Mietspreiserhöhung eintreten muß, wird selbstverständlich zugegeben, aber doch nur soweit, wie der Vermieter selbst durch die Verhältnisse tatsächlich mehr belastet wird. Tatsache ist, daß der Mieter in Merseburg in der Mehrheit seine Wohnung auf eigene Kosten instand hält und diese Kosten auch als Mietspreiserhöhung in Berechnung bringen muß. Ferner wurde der Magistrat mitgeteilt, vom Preußischen Städtetage beschlossene Eingabe an den Minister des Innern betr. Ausscheiden von Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern aus dem Kreisverbande zur Kenntnis genommen. Weiter wurde noch eine Eingabe des Groß-Berliner Mieterbundes an den Staatskommissar für Wohnungswesen verlesen, die den Ausbau der Mieteinigungsämter bezweckt, und zwar: Zuziehung der Beisitzer, Zulassung von Frauen als Beisitzer, Gutachter-Instanz, Laien als Vorsitzende u. a. m. Zuletzt wurde noch auf mehrere Schriften und Broschüren der Fachliteratur aufmerksam gemacht. Die nächste Versammlung wird im Oktober d. J. stattfinden, in welcher über die Verbandstagsverhandlungen berichtet werden soll. Einladung erfolgt in den Lokalblättern.

** **Der Vortragsabend der Meisterschule für Kunstgesang, Leiterin Dorelville König-Meiling, Leipzig-Halle,** der am gestrigen Abend im Tivolisaale stattfand, war ziemlich gut besucht. Die zuerst auftretende Schülerin Frieda Caspary aus Merseburg zeigte in der Arie „Neue Freuden" und „Ach, die ihr Triebe" aus „Figaros Hochzeit" und späteren Hildachschen Liedern eine gute Anlage in Stimme und Temperament; nur mangelt es noch etwas an reiner Vokalaussprache. Frl. Elly Schumann-Halle verstand es, in ihre Lieder im Volkston von Paul Klanert-Halle wie in die Brahmsschen Lieder ein sehr beachtenswertes eigenes Mitterleben zu legen bei ziemlich guter Aussprache. Frl. Elisabeth Lorenz-Halle betriedigte in der Arie „Er schläft" aus dem „Waffenschmied" durchaus nicht, besser war sie schon in der Arie „Wir armen Mädchen" aus dem „Waffenschmied"; sie überraschte aber vollkommen durch gutes Spiel und durchhaltenden Gesang in dem Singspiel „Frühchen und Lieschen", in dem auch ihr Partner Frühchen (Frl. Caspary) durch drolliges Spiel zum glatten Erfolg viel beitrug. Frl. Caspary allein wie auch die drei Schülerinnen im Terzett zeigten sich zu einer Zugabe verstehen. Am Schlusse gab es viele Blumen und Heraufbeisall, den die Sängerinnen auf die Schulleiterin und Herrn Paul Klanert (am Klavier) übertrugen. S.

** **Eine öffentliche Versammlung der Angestelltenorganisationen** findet morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Saale der Funkenburg hier statt.

** **Religionsfreiheit.** Auf das Eingesandt eines Freidenkers hat ein sozialdemokratisches Blatt unserer Provinz folgende Antwort gegeben: Die Aufnahme Ihres Artikels, der zum Austritt aus der Landeskirche auffordert, lehnen wir ab. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Religion sich auf keinen Fall zu einem Gegenstand der Diskussion eignet. Millionen schöpfen Kraft und Trost aus dem uralten Born des Wortes Gottes. Daran zu rütteln, kann niemals Aufgabe einer ehrlich arbeitenden Presse sein." Wir begrüßen diese Antwort, die für sich selbst spricht und mit der Freiheit der persönlichen Überzeugung und ihrer Lebensbetätigung Ernst macht, mit Freuden.

*

Eröffnung der Ausstellung des Vereins für Heimatkunde.

Das muß man unserem heimatkundlichen Verein lassen: mit großem Geschick und seinem Empfinden hat er in den oberen Räumen des Schloßgartenpavillons eine Ausstellung eingerichtet, die jedem, der Liebe zu unserer alten Stadt Merseburg hat, größte Befriedigung abnötigen muß. In dem hohen, lichtdurchflutenden Saale, sowie auch in den Nebenräumen haben eine überaus reiche Anzahl von Bildern und Kunstwerken Aufstellung gefunden, die dem Beschauer gar vieles von Alt- und Neu-Merseburg zu erzählen wissen. Dabei ist die Anordnung der Kunstwerke gut übersichtlich, wie überhaupt die ganze Aufmachung mit dem reichen Blumenschmuck als eine vorzüglich gelungene bezeichnet werden kann. Am Donnerstag um 11 Uhr fand die feierliche Eröffnung der Ausstellung statt. Außer dem Vorstand des heimatkundlichen Vereins, der in wochenlanger Vorarbeit weder Zeit noch Mühe und Geldopfer gescheut hat, waren die Spitzen der Behörden und auch Vertreter der bürgerlichen Kreise erschienen, um der Eröffnung beizuwohnen. Wir bemerkten u. a. Regierungspräsident v. Gersdorff, Ersten Bürgermeister Hertzog, Sup. Prof. Bittorn, die Vertreter der hiesigen Schulen u. a. Oberlehrer Dr. Weidling, der 2. Vorsitzende des Vereins, eröffnete die Ausstellung mit etwa folgenden Worten: Uralter historischer Grund und Boden ist es, auf dem wir uns in Merseburg befinden. Wer das Germanische Museum in Nürnberg besucht hat und hat dort die zahlreichen Funde aus Hünen ersehen, dem wird die alte eigenartige Kultur unserer Heimat recht zum Bewußtsein gekommen sein. Eine weite Spanne Zeit ist es, die zwischen der Steinzeit und späteren Kulturstufen, zwischen den Tagen der Königspfalz Heinrichs I. und der Regierung des Bischofs Thilo von Trotha, zwischen der Herrscherzeit der Herzöge und dem Aufkommen der Industrie in unserer Gegend liegt. Da bildet das Jahr 919 einen Marksteln in der deutschen Geschichte. Es war das Jahr, in dem ein Sachsenherzog deutscher König wurde. Unter seiner Regierung schieden sich Licht und Finsternis, mit ihm hebt die Geschichte Merseburgs an. 1000 Jahre sind seitdem vergangen. Da wenden wir unsern Blick rückwärts voller Dankbarkeit zum König Heinrich, der, gesund an Leib und Seele, wie ein starker Eichbaum hervorragte. Damals war die Gründungsstunde unserer Stadt. Es ist jetzt nicht die Zeit, rauschende Feste zu feiern, statt dessen wollen wir den Blick rückwärts lenken. Im 19. Jahrhundert fließen die Geschichtsquellen reichlich; je mehr wir uns aber von der Gegenwart entfernen, um so spärlicher treten uns die Nachrichten entgegen. Mit Ehrfurcht betrachten wir die alten Bilder, daneben aber auch die Werke der Neuzeit, die uns Stadt und Stift zeigen, wie es jetzt aufsieht. Einst werden diese Bilder der Neuzeit auch Dokumente von vergangenen Zeiten sein. Es ist erfreulich, daß viele so reichlich beigesteuert haben. Der Dank gebührt in erster Linie dem Herrn Regierungspräsidenten, ferner Sr. Exzellenz dem Freiherrn v. Wilmowski und dem Herrn Ersten Bürgermeister Hertzog. Gern hat der heimatkundliche Verein alle Arbeit übernommen, um die Ausstellung ins Leben zu rufen. Sie soll aber nicht bloß der Geschichte dienen, sie will auch die Liebe zur Heimat und zum Vaterland stärken. In diesem Sinne erkläre ich die Ausstellung für eröffnet. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Unter den zahlreichen ausgestellten Kunstwerken befinden sich Bilder, Münzen und Bücher z. T. aus alter Zeit, aber auch Gegenstände, die den letzten Jahren angehören. Was dort zu schauen ist, ist in der Tat so reichhaltig, daß man sich wundern muß, von vielen der schönen Dinge bisher noch nichts gewußt oder gesehen zu haben. Wie mancher Künstler und wie manche Künstlerin, von der ein großer Teil der Merseburger gewiß noch nicht einmal den Namen gehört hat! Die Bilder sind nach ihren Malern und Zeichnern geordnet. Ansichten von dem jetzigen Merseburg zeigen uns die Bilder von Wegner, Wagner, Stöbe, Hübner, Fischer, Naumann, Lorbeer, Frl. Schumann und Triebel. Blicke in das alte Merseburg lassen uns nun die Bleistiftzeichnungen von L. Gutbier; in die Umgebung von Merseburg, auf die Wiesen und Dörfer, führen uns Wegner und H. Junker. Andere Zeichnungen von Grundrissen u. a. sind nach Baustilen geordnet, während in dem Nebenraume besonders die Zeichnungen des großen Adolf v. Menzel, welche die Nationalgalerie in Berlin zur Verfügung gestellt hat, Bewunderung hervorrufen. Stadt und Domkapitel haben Ölgemälde, Handzeichnungen u. a. zur Verfügung gestellt. Auch die Münzsammlung möge lobende Erwähnung finden. — In der Tat, eine Veranstaltung, auf welche der Verein für Heimatkunde stolz sein kann. Hoffentlich kommen nun recht viele Merseburger, um zu schauen, was ihnen dort im Bild von ihrer alten Heimatstadt geboten wird.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Freitag den 26. September.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch je nach Anlieferung in den Verkaufsstellen.

Konden sierte Vollmilch an Stelle von Frischmilch für Kinder von 5 und 6 Jahren und Kranke in der Verkaufsstelle von Schubert, Burgstraße 16, am Freitag und Sonnabend nur gegen rote Milchkarten.

Ruhrepidemie im Geiseltal.

Frankleben, 25. Sept. In den letzten vierzehn Tagen ist hier eine Ruhrepidemie ausgetreten. In der Hauptsache werden Kinder davon getroffen. Fast in jeder Familie hauft die gefährliche Krankheit. Todesfälle sind bisher sieben eingetreten; in einer Familie sind 3 und in einer anderen 2 Kinder gestorben, im Alter von 2½ bis 9 Jahren. Über die Ursache der Krankheit sind sich die Ärzte noch im Unklaren. Das Wasser ist eingehend untersucht worden, aber es sind keine Anhaltspunkte für die Krankheit und ihre Verbreitung gefunden worden. — Auch in Großkayna tritt die Krankheit auf. Hier ist es schon das dritte Jahr, daß die Einwohnerschaft in dieser Zeit unter dieser Seuche leidet. Im Gegensatz zu Frankleben werden in Großkayna fast nur Erwachsene von der Krankheit betroffen. Über 30 Personen sind im Verlaufe der diesjährigen Epidemie gestorben.

*

§ Tollwitz, 25. Sept. Durch die immer mehr überhandnehmenden Felddiebstähle in den Fluren Teuditz, Tollwitz, Kauern, Ragwitz und Böllschen sehen sich der Arbeiterrat und der Bauernrat veranlaßt, die Einwohnerschaft nochmals auf die Bekanntmachung des Landrates hinzuweisen, kein Betreten der Fluren mittags zwischen 11 und 1 Uhr, eine Stunde vor Sonnenaufs- und eine Stunde nach Sonnenuntergang. Widrigenfalls werden in Zukunft die beim Felddiebstahl Betroffenen sich einer strengeren Bestrafung unterziehen müssen, da die Versorgungsfrage dadurch gefährdet wird.

§ Dürrenberg, 25. Sept. In der Nacht vom Montag zum Dienstag brachen Einbrecher dem Geschäft des Schneidermeisters H. Kießling hier, Leipziger Straße, einen Besuch abgestattet und eine Menge Waren, wie Seide, Kleiderstoffe, Wollwaren usw. von bedeutendem Werte gestohlen. Die Diebe haben die Rolladen hochgehoben und dann die Türfüllung, Loch neben Loch, ausgebohrt, ohne daß jemand etwas gemerkt hat, so daß sie mit ihrer Beute unbehelligt entkommen sind. Die Polizei ist bei der Verfolgung der Diebe fortgeschafft worden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß man es hier mit einer großstädtischen Diebesbande zu tun hat. Der Bestohlene war nicht gegen Diebstahl versichert.

§ Schkeuditz, 25. Sept. Wegen Wilderns bezw. Hehlerei hatten sich der frühere Jagdaufseher Paul Thurmann, der Schlosser Karl Zeller und Fritz Milda Schwarz, geb. Thurmann, sämtlich aus Schkeuditz, vor der Strafkammer in Halle zu verantworten. Die Polizei war auf ihre Spur gelenkt worden und als man bei ihnen eine Haussuchung vornahm, fand man bei Thurmann unter Holz versteckt eine Rehdecke, weiter einen frischen Rehschlund und einen frischgeschossenen Hasen, ebenso eine Doppelsagdflinte; bei Zeller, der Schwager des Thurmann ist, auch Reste von einem frischgeschossenen Reh, sowie gestohlenen Rhabarber und bei Frau Schwarze in Töpfen das Fleisch von zwei Rehen. Zeller legte ein dahin gehendes Geständnis ab, daß er mit seinem Schwager Thurmann wildern gegangen sei und daß dieser auch mehrere Rehe, ob vier oder mehr, das wisse er nicht genau, geschossen habe; ebenso gab er den Rhabarberdiebstahl beim Gärtnereibesitzer Schernitzky zu, an dem sich Thurmann auch beteiligt habe. Ein Reh sei noch für 150 M nach Wahren verkauft worden, ein anderes habe Frau Schwarze für 60 M gekauft. Thurmann ist Kriegsinvalide und besitzt nur eine, die rechte, Hand. Er war von der Regierung in Merseburg zum Jagdaufseher ernannt, seit kätig im Bezirk Schkeuditz, dann in Leipzigerm, und als er den Jagdschein ausgeführt, nicht mehr im Forstdienst. Vor Gericht gab er zu, zweimal mit dem Schwager auf Wilddieberei gegangen zu sein, er habe aber kein Gewehr mit sich geführt. Das Reh, von dem er die Decke besessen, habe er einem Wilderer abgenommen. Das Gericht verurteilte Thurmann und Zeller wegen gewerbsmäßigen Wilderns und Diebstahls zu 3 Monaten und 3 Tagen Gefängnis, Frau Schwarze wegen Hehlerei zu 1 Woche Gefängnis.

§ Schkeuditz, 24. Sept. Von Wegelagerern überfallen wurde Ende voriger Woche ein junges Mädchen, die von hier durch die Aue nach ihrem Wohnort gehen wollte. In furchtbarer Angst ist das junge Mädchen zweimal überfallen worden. Zum Glück ist es gelungen, der Unholde, junge Bengels aus Schkeuditz, habhaft zu werden. — In der Elster, am Wehlitzer Gebiet, wurde am Sonntag früh die Leiche der seit einigen Tagen vermißten Frau Deltz aufgefunden. Ohne Zweifel hat die Frau die Tat in einem Unfalle von Schwermut getan. — Am Montag früh wurde am Rechen der Elster eine männliche Leiche aus dem Wasser gezogen.

Mücheln und Umgegend.

25. September.

* **Mücheln,** 25. Sept. Für den Ankauf von Kartoffeln für den Kreis Querfurt sind folgende hiesigen Kommissionäre bestellt worden: die Firma Gebr. v. Rauchhaupt-Mücheln für die Gemeinden Zibendorf, Baumersroda und Ebersroda, sowie die Gutsbezirke Gleina, Gonnstedt, Roda und Baumersroda vom Amtsbezirk Gleina; die Gemeinden Oechlitz, Stöbnitz, St. Michaeln, Eptingen, Röbigker, sowie die Gutsbezirke Eptingen und Röbigker vom Amtsbezirk St. Ulrich; die Gemeinden Leiha und Schortau vom Amtsbezirk Bebra; die Gemeinde Almsdorf vom Amtsbezirk Brauderoda und Gemeinde und Gutsbezirk Crumpa vom Amtsbezirk Geiseltal. — Die Firma Willy Schneider in Mücheln für den Amtsbezirk Brauderoda (ohne Almsdorf, Schiederoda und Neudietzh), den Amtsbezirk Bebra (ohne Leiha und Schortau) und den Amtsbezirk Geiseltal (ohne Crumpa mit Gutsbezirk und Lützkendorf). — Die Firma Hugo Hennicke in Mücheln für die Stadt Mücheln, die Gemeinden Möckerling, Schmirma, Zorban, Gebütte, Wenden, St. Ulrich, sowie die Gutsbezirke St. Ulrich, Stöbnitz und Oechlitz vom Amtsbezirk St. Ulrich; die Gemeinde Rükkendorf vom Amtsbezirk Geiseltal und die Gemeinden Albersroda und Schnellroda vom Amtsbezirk Gleina. — Die Firma Leißring & Reinicke in Mücheln, für den Amtsbezirk Oberwünsch.

* **Mücheln,** 25. Sept. Ein frecher Raubanfall wurde in der vergangenen Nacht an dem Schlossermeister A. von hier verübt. Von einer Reise zurückgekehrt, benutzte er gestern abend spät von der letzten Station der Mücheler Fernbahn aus ein Fuhrwerk mit einem Lehrling zur Heimkehr. In Lützkendorf fielen dem Pferd drei Räuber in die Zügel und hielten das Gefährt an. Dann fielen sie über den Heimkehrenden her, unter ständiger Bedrohung mit vorgehaltenen Revolvern, raubten ihm seine Brieftasche aus dem Rock, verschiedene Reiseutensilien und zwei Reisedecken und verschwanden dann wieder. Wir können den Vorfall nicht anders als wie unerhört und frech bezeichnen, und hoffentlich gelingt es durch die Mithilfe der Bevölkerung, diesen gewerbsmäßigen Räubern baldigst das Handwerk zu legen.

* **Mücheln,** 25. Sept. Am Schalter beim Postamt in Mücheln ist am 20. September 1919, vormittags in der Zeit von 9—10 Uhr dem Kriegsbeschädigten Reisenden Emil Montzien aus Berlin seine Brieftasche mit sämtlichen Personalpapieren, wie Militärpaß, Rentenbescheinigung, sowie Zeugnisse und Verbandsbücher, auch 440 Mark in Papiergeld abhanden gekommen. Für die Wiederherbeischaffung der Papiere wird im Gasthaus „Deutscher Hof" eine Belohnung von 100 M gesagt.

* **Mücheln,** 25. Sept. In der letzten Sitzung stand als erster Punkt die Neuwahl der Beigeordneten sowie der unbesoldeten Magistratsmitglieder. Zum Beigeordneten wurde Herr Fügner einstimmig gewählt. Bei der Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder erhielt die bürgerliche Liste sechs und die Liste der U. S. P. ebenfalls 6 Stimmen, so daß also das Los entscheiden mußte, das auf die unabh.-sozial. Liste fiel. Es sind demnach gewählt von der bürgerlichen Liste Herr Trautmann, von der Liste der U. S. P. Laps und Brechtel. — Ein Antrag der Firma Gebr. Köcke um Erhöhung des Fuhrlohns von 5 M pro Zentner für die Anfuhr von Briketts aus der Grube wurde einstimmig abgelehnt.

* **Mücheln,** 25. Sept. Aus dem Kinderheim in Merseburg sollen 11 Knaben im Alter von 3—7 Jahren in Familien untergebracht werden. Pflegegelder und eine Entschädigung für Ausstattung werden gewährt. Meldungen nimmt der Vertrauensmann für Fürsorgeobjektive im Bezirk Mücheln, Pfarrer Flistermann-St. Ulrich, an. Gleichzeitig sind möglichst bald zu erstatten.

* **St. Ulrich,** 25. Sept. An Stelle des von hier verzogenen Gastwirtes Meister ist der Maurerpolier Schöneburg und für den verstorbenen Handarbeiter Rausch der Geschirrführer Runkel in die kirchliche Gemeindevertretung gewählt worden.

* **St. Michaeln,** 25. Sept. Bei der am Sonntag nachmittag 8 Uhr erfolgten Wahl zum Gemeindevorstandes wurde zum Ortsrichter der Landwirt Karl Schmidt mit 8 gültigen Stimmen gewählt. Für die Wahl der Schöffen war nur ein Wahlvorschlag eingegangen. Da gegen die vorgeschlagenen Personen keine Bedenken zu erheben waren, fand eine Abstimmung nicht statt, und es galten also als gewählt zu Schöffen: Landwirt Albert Elbert und Dachdeckermeister Karl Erfurt, zu Ersatzmännern: Zimmermann Hermann Mühlenmann und Zimmermann Otto Herrmann. Alle fünf Gewählten nahmen die Wahl an.

* **Stöbnitz,** 25. Sept. Die Wahlen zur Gemeindevertretung ergeben: Ortsrichter: Kantor Hermann Müller. (wiedergewählt); erster Schöffe: Schuhmachermeister Franz Blume, zweiter Schöffe: Schmiedemeister August Röder; Ersatzmänner: Speicherarbeiter Otto Runkel und Grubenarbeiter Otto Regner.

* **Eptingen,** 25. Sept. Hier wurde zum Ortsrichter Arbeiter Wilhelm Deirs neu gewählt.

* **Gebütte,** 25. Sept. Die Ortsrichterwahl ergab die Neuwahl des Schlossers Günther.

* **Neumark,** 25. Sept. Bei der am 21. d. Mts. erfolgten Gemeindevorsteher- und Schöffenwahl wurde in hiesiger Gemeinde Fleischermeister Max Schröder zum Gemeindevorsteher und Bauunternehmer Hermann Steinfelder und Fabrikarbeiter Ernst Langner zu Schöffen gewählt.

* **Burnstädt,** 25. Sept. Am Sonntag fand die Wahl des Ortsrichters und der Schöffen statt. Sie ergab: Ortsrichter Trömel (wiedergewählt), Schöffen Theodor Lautenschläger und Karl Schuche, Ersatzschöffen Otto Naumann und Richard Leithold.

* **Göhrig,** 25. Sept. Karl Winzer wurde zum Ortsrichter wiedergewählt, zu Schöffen Theodor Trömel und Rich. Dauberstedt.

* **Göhrendorf,** 25. Sept. Bei der gestrigen Wahl des Ortsrichters und der Schöffen wurde Landwirt Otto Diegel zum Ortsrichter, Landwirt E. Zimmermann jun. und landwirtschaftlicher Arbeiter Köster zu Schöffen gewählt.

* **Nieder-Eichstädt,** 25. Sept. Zum Ortsrichter wurde gewählt: Zimmermann Hermann Thieme (neugewählt), erster Schöffe wurde Tischlermeister Gustav Reinicke, zweiter Schöffe Landwirt Franz Bitzendorf.

* **Nieder-Eichstädt,** 25. Sept. An Stelle des am 1. Oktober nach Hornburg versetzten Lehrers Steinbeck tritt Lehrer Faber aus Möckerling.

* **Schnellroda,** 25. Sept. Hier ist der frühere Ortsrichter Buschbach wiedergewählt worden. Schöffen wurden Arbeiter Hartmann und landwirtschaftlicher Arbeiter Herfurth.

* **Lützkendorf,** 25. Sept. Die Wahl des Ortsrichters und der Schöffen verlief resultatlos.

* **Zorban,** 25. Sept. Bei der am Sonntag vorgenommenen Ortsrichter- und Schöffenwahl wurde zum Ortsrichter Christian Nonnenburg wiedergewählt: erster Schöffe wurde Christian Ihle, zweiter Schöffe Maurer O. Kohlmann; Ersatzmänner: Arbeiter Zacke und O. Quasdorf.

Wetterwarte.

V. 24. am 26. 9.: Meist wolkig bis früh Regen, zumeist milde, nachher etwas kühler. — 27. 9.: Bald heiter, bald wolkig, etwas kühl, strichweise etwas Regen.

Briefkasten der Redaktion.

Anonyme Zuschriften werden in letzter Zeit wieder häufiger an uns gerichtet. Es hat gar keinen Zweck, solche an uns zu senden, da sie grundsätzlich von einer Beachtung und Veröffentlichung ausgeschlossen sind.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner, für den Anzeigenteil: Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dank.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unseres lieben Gerhard sagen wir auf diesem Wege herzlich. Dank.
Frankleben, 23. Sept. 1919.
Familie A. Dinger.

Freiwill. Auktion.

Sonnabend, den 27. September d. J., von vormittags ½10 Uhr an werde ich im Gasthof „Zum Thüringer Hof", hier, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:

1 großen Fischerkahn (ca. 8 m lang), 1 Sofa, 2 Bettstellen mit Matratze, 3 Tische, 10 Stühle, 2 vollständige, soll neue Küchen-Einrichtungen, 2 Bettstellen (neu), 1 Nähmaschine, 1 Waschmaschine, 1 Dezimalwage m. Gewichten, 1 Handwagen, 1 Fruchtpresse, 1 Brühfaß, 1 Mussieb, Federbetten, 1 eiserner Füllofen sowie noch viel anderes Haus- und Wirtschaftsgerät.

Die Gegenstände sind gebraucht, aber noch in gutem Zustande. Besichtigung von 9 Uhr an.

Albert Franke, Auktionator.

Bei obiger Auktion kommen ferner noch zur Versteigerung: ein Ladentisch, eine Ladenwage, eine Ladenkasse, diverse Regale, eine Partie Körbe versch. Größe, ein Dtzd. Teller (Papiermaché). D. O.

Jung., geb. Herr sucht z. 1. Okt.
möbl. Zimmer
möglichst mit voller Pension, jedoch nicht Bedingung. Offert. unter 841 a. d. Exp. d. Bl.

Offizier sucht sofort ein ev. zwei
gut möbl. Zimmer.
Off. unt. 842 a. d. Exp. d. Bl.

Gesucht sofort
von einem älteren Herrn
möbliertes Zimmer.
Offert. unt. 847 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
von solidem jungen Kaufmann für sofort gesucht. Angebote unter 848 an die Exped. d. Bl.

Anständiges Mädchen sucht
möbl. Zimmer od. Schlafstelle.
Werte Offerten an Georg Schlüter, hier, Saalstraße 10.

Kaufm. Beamter sucht zum 1. Oktober freundl. **möbliertes Zimmer.** Offerten unter 834 an die Exped. d. Bl.

Nach hier verl. Beamter sucht
möbliertes Zimmer
zum 26. 9. Angebote an
Ziegner, Annenstraße 19.

Kinderloses Ehepaar sucht sofort oder später
1–2 Zimmer
mit Kochgelegenheit. Offerten unter **M R 517** a. d. Exp. d. Bl.

Beamter sucht in der Nähe der Landesdirektion s. 1. 10. 19
möbliertes Zimmer und für sofort Wohnung,
mindest. 2 Stub., Kam., Küche. Off. unt. 840 a. d. Exp. d. Bl.

In Markranstädt sind einige **Wohn- und Geschäftshäuser** zu verk. **Wiegand**, Mälzerstr. 8.

Aus d. Reichsland vertriebener Beamter sucht
kleines Wohnhaus oder Wohnung
mit größ. Garten zu mieten od. zu kaufen. Offert. unt. **H B 6448** an **Hubag (Haasenstein & Vogler, A.-G.), Halle a. S.**

Kl. Wohnhaus in oder Nähe Merseburgs, Weißenfels' oder Dürrenberg z. kauf. ges. Ang. 5—6000 M. Angeb. unt. 853 an die Exped. d. Bl.

2500 M. werd. auf sich. Hyp. ges. **Wiegand**, Mälzerstr. 8.

Suche Darlehen von 2000 M.
Monatliche Rückzahlung. Off. unter Nr. 843 a. d. Exp. d. Bl.

1. Hypothek zu 20000 M.
auf Hausgrundstück wird zum 1. Oktober 19 oder zum 1. Januar 20 gesucht. Brandkasse 35000 Mark. Off. u. 845 a. d. Exp. d. Bl.

Hypotheken u. Darlehen
unter günstigen Bedingungen zu verleihen. Offerten unter 707 an die Exped. d. Bl.

Eleg. Herren-Anzug,
dunkelblau, wie neu, für mittlere Person passend, billig zu verkaufen **Digrube 35, 2 Tr.**

Die **Verlobung** ihrer Tochter **Klara** mit dem Kaufmann Herrn **Albert Toepke** beehrt sich ergebenst anzuzeigen

Ww. Lina Rommel
geb. Haacke.

Lipprechtrode, bei Bleicherode a. Harz, im September 1919.

Klara Rommel
Albert Toepke
Verlobte.

Merseburg, Leunaer Str. 4 — Ermsleben,
September 1919.

Paul Elkner
Gertrud Elkner
geb. Späth
Vermählte.
Halle, den 25. September 1919.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied nach nur achtägiger schwerer Krankheit mein lieber, guter Mann, unser treusorgender, schaffensfroher, nimmermüder Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel, der pensionierte Bergmann

Christian Walther

im 71. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Frau Friederike verw. Walther geb. Richter und Kinder.

Wernsdorf, den 24. September 1919.
Beerdigung Sonnabend nachmittag 3 Uhr.

Gemeindebeschluß

betreffend das Stadtvermessungsamt zu Merseburg und die für seine Benutzung zu erhebenden Gebühren.

Punkt 1.

Von der Stadt Merseburg ist mit dem 1. Juni 1919 ein Stadtvermessungsamt unter Leitung eines staatlich verpflichteten Landmessers als eine städtische Gemeindeanstalt errichtet und wird auf Kosten der Stadtgemeinde im öffentlichen Interesse unterhalten.

Das Stadtvermessungsamt wird auch auf Antrag von Privaten oder anderen Behörden als den städtischen Arbeiten übernehmen und ausführen, sofern sie gleichzeitig einem städtischen oder öffentlichen Interesse dienen. Für diese Arbeiten werden gemäß § 4 und § 7 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 Gebühren von den Antragstellern nach den Bestimmungen dieser Ordnung erhoben.

Punkt 2.

Es sind zu entrichten:

A. Für Katasterfortschreibungsvermessungen, Aufnahmen zu Lage- und Höhenplänen und sonstige landmesserische Arbeiten nach der für die Ausführung der beantragten Arbeit erforderlich gewesenen Zeit und zwar:
a) für den 8stündigen Arbeitstag im Freien, auschl. Meßhilfe . . . . . 50,— M.
b) für den 8stündigen Arbeitstag im Amtszimmer auschl. Meßhilfe . . . . . 40,— M.
Hierbei zählt jeder angefangene Halbstag als voll, sodaß demnach der geringste Gebührensatz für derartige Arbeiten 25,— M. (auschl. Meßhilfe) bezw. 20 M. beträgt. Bare Auslagen, wie Porto, Beglaubigungsgebühren 2c. der Katasterverwaltung, Kosten der Vermarkungsmittel 2c. müssen besonders erstattet werden.

B. Für Abzeichnungen auf Pausleinen oder Pauspapier, welche nach den allgemeinen Vorschriften der Katasterverwaltung zu zeichnen sind, bei:

	21/33 cm	42/33 cm	50/67 cm	100/67 cm
1. Darstellung von 1—5 Grundstück. o. Flächenabschnitten	2 M.	4 M.	8 M.	12 M.
2. Darstellung von 6—10 Grundstück. o. Flächenabschnitten	4 M.	6 M.	10 M.	16 M.

Für jede weiteren 5 Grundstücke oder Flächenabschnitte werden 4 M. mehr und bei größerer Form der einzelnen Abzeichnungen für jeden weiteren angefangenen 50/67 cm 6 M. mehr erhoben.

Für jede volle oder angefangene Stunde Mehrarbeit, welche verursacht wird durch Zusammentragung der in mehreren Karten gegebenen Darstellungen, Uebertragung der vorliegenden Karten in einen anderen Maßstab, Neukartierungen auf Grund vorhandener Messungszahlen, Eintragung von Messungszahlen und Flächenangaben aus den vorhandenen Unterlagen in die Abzeichnungen, Eintragung von Eigentümernamen für nicht dem Antragsteller gehörige Grundstücke, ferner namentlich durch Abzeichnung der sogenannten Signaturen (Einsteigeschächte, Schieber, Gleise, Laternen 2c) durch besondere Ausstattung der Abzeichnungen 2c. wird 2 M. Sondergebühr erhoben.

Für Aushändigung von Druckplänen nach den Urzeichnungen der Blankommer werden die entstandenen Selbstkosten nebst einem Zuschlag von 15 % für Verwaltungskosten erhoben.

Für die bloße Einsichtnahme der städtischen Vermessungswerke Bebauungs- und sonstige Pläne, Akten 2c.) werden keine Gebühren erhoben. Das Abzeichnen, Abpausen, Abschreiben dagegen ist Privaten und anderen Behörden als den städtischen nicht gestattet. Solche Arbeiten dürfen nur durch das Stadtvermessungsamt ausgeführt werden und es sind dafür an die Stadt die unter B aufgeführten Gebühren zu zahlen. In besonderen Fällen kann jedoch Behörden durch den Magistrat die Genehmigung zur gebührenfreien Entnahme von Abzeichnungen usw. durch geeignete Kräfte erteilt werden.

Punkt 3.

Unberührt bleiben die Bestimmungen über die außerhalb an die Baupolizeibehörde zu entrichtenden Gebühren für Abstecknng und Prüfung von Fluchtlinien bei Neubauten. Dagegen werden Absteckungen von Fluchtlinien 2c. zur Erschließung von Bauland, zu unterrichtenden oder ähnlichen Zwecken nach dieser Gebührenordnung berechnet.

Punkt 4.

Die Gebühren fließen zur Kämmereikasse. Ihre Festsetzung erfolgt durch den Magistrat. Sie werden unmittelbar nach erfolgter Fertigstellung der beantragten Arbeiten in besonderer Zuschrift aufgerechnet und sind zur Vermeidung der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren sofort an die Kämmereikasse zu entrichten.

Bei allen Anträgen ist auf Verlangen ein vom Magistrat festzusetzender Kostenvorschuß bei der Kämmereikasse zu hinterlegen.

Punkt 5.

Gegen die Berechnung der Gebühren steht dem Zahlungspflichtigen binnen 4 Wochen nach erfolgter Benachrichtigung das Rechtsmittel des Einspruchs beim Magistrat, und gegen dessen abweisenden Bescheid binnen 14 Tagen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren (beim Bezirksausschuß) zu, ohne daß jedoch die Pflicht zur Zahlung hierdurch hinausgeschoben wird.

Punkt 6.

Die Gebührenordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 15. Juli 1919.
VII. V. A. 7/19 — **Der Magistrat.**

Pelzgefütt. Lederjacke
zu verkaufen
Annenstraße 33, 1 Tr.

Ein schwarzer Velourhut,
fast neu, sowie 1 Paar weiße
Herren-Tennisschuhe
mit Gummisohlen, neu, zu verkaufen Weißenfelser Str. 7, 1 Tr.

Ein Paar Kinderschuhe,
für 2jähr. Kind passend, zu verkaufen Hallesche Str. 73, 2 Tr. l.

Mehrere Bände neue **Klavivrnoten** zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Guterhalt. Teppich, sechsarmige Krone, passend für Elektrisch u. Petroleum, **Puppenküche und Puppenwagen** zu verkaufen
Burgstraße 6, 1 Treppe r.

Einige Nachlaß-Wirtschaftsgegenstände zu verkaufen
Weißenfelser Straße 21, Hof.

3 Zuchtenten und eiserner Füllofen
zu verkauf. Lindenstraße 7.

Verkaufe
5 flügge Enten.
Zu erfrag. i. d. Exp. d. Bl.

Kaninchenhäsin
(Deutsche Riesen-Scheckie) mit 7 Jungtieren zu verkaufen
Roßmarkt 15, 1 Tr.

Ein- und zweijährige Ziegen
zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Läuferschwein
zu verkaufen, kann evtl. weiter gefüttert werden. Zu besichtigen Venenien Nr. 13.

Ein Paar große Läuferschweine sind zu verkaufen
Leunaer Straße 30.

Schaf
zum Weiterfüttern zu verkaufen
Spergau, Gartenstraße 10.

Guterh. schwarze Tuchhose mittl. Größe zu gutem Preise zu kaufen gesucht. Offerten unter 851 an die Exped. d. Bl.

Gebr. Reisekorb
zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter 849 a d. Exp. d. Bl.

Gebrauchte und gut erhaltene
Kommode und Chaiselongue
zu kaufen gesucht. Abzugeben
gutes Luftgewehr.
Off. unt. 839 a. d. Exp. d. Bl.

Grünkohl- und Kohlrüben-Pflanzen
empfiehlt
Trebst, Gärtnerei Nordstraße.

la Schellfisch
frisch eingetroffen bei
Emil Wolff

sowie gegen Steinbrand des Weizens und die Streifenkrankheit der Gerste und beeinträchtigt die Keimfähigkeit nicht.

Niederlage nur hier bei

Eduard Klauß
Merseburg,
Fernruf 27. — Windberg 3.

Gestern abend 10 Uhr verschied nach zwölftägigem schweren Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Paul Frankenberg

im Alter von 5 Jahren und 1 Monat.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Familie Frankenberg.

Merseburg, Roter Brückenrain 15,
25. September 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag mittag statt.

Bekanntmachung.

Von dem Magistrat in Merseburg als dem durch Beschluß vom 17 Dezember 1887 — Nr. 1039 V — bestellten Vertreter der Gesamtheit der Beteiligten an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten, welche durch den am 31. Dezember 1872 bestätigten Separationsvorzeß von

Merseburg
— Gr. I. M. Nr. 244. —

begründet sind, ist auf Grund des Gesetzes vom 2 April 1887 (G.-S. 105) beantragt worden, die Genehmigung zu erteilen zur unentgeltlichen Abtretung der Parzelle

Kartenblatt 6, Nr. 1320/61, mit 9,42 a. von dem im Rezesse § 20. ifd. Nr 72, verzeichneten Wege mmm,
Kartenblatt 6, Nr. 1065/61

an die Stadtgemeinde Merseburg gegen Uebernahme der Unterhaltung.

Zur Abgabe der späteren Auflassungserklärung soll gemäß § 9 a. a. O. anstelle des Magistrats in Merseburg für die Separationsbeteiligten ein besonderer Vertreter bestellt werden.

Im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde haben wir hierfür den Rechnungsrat Eichardt in Merseburg in Aussicht genommen.

Etwaige Einsprüche gegen diese Bekanntmachung sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen bei uns anzubringen

Merseburg, den 13. September 1919.
Generalkommission.

Veröffentlicht!
Merseburg, den 24. September 1919.
Gesch. Nr II 861/19 — **Der Magistrat.**

Verlegung des Stadtsteueramtes.

Das Stadtsteueramt ist heute nach
dem alten Rathaus — Eingang Delgrube —
in die Räume über dem Nahrungsmittelunterjuchungsamt verlegt worden.

Merseburg, den 26 September 1919.
I. 3065/19 — **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Zum Hello. Vorsitzenden des Versicherungsamtes Merseburg-Stadt ist der Geschäftsführer Wilhelm Heine zu Merseburg durch den Gemeindeverband bestellt. Die Bestellung ist bestätigt.

Merseburg, den 24. September 1919.
Gesch.-Nr. I 3122/19. — Der Magistrat.

Die beste Reklame ist die Insertion im
Merseburger Korrespondent
der das Vierfache an Abonnenten aufweist, wie die Tageszeitungen in ganzen Kreise.

Kommunen!

Wir können Ihnen stets von ersten Häusern zu billigsten Tagespreisen
Lebensmittel
anbieten. **Jürgens, Foerster & Co, Hamburg 36**
Königstr. 23 Telegr. Adr. Fojuko. Tel. Elbe 2535, Vulkan 726.

Geschäfts-Eröffnung!

Einem geehrten Publikum von Merseburg-West zur gefälligen Kenntnis, daß ich am heutigen Tage **Annenstraße 17** ein
Weis-, Woll- u. Kurzwaren-Geschäft
eröffne.

Ich bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll
Helene Buschendorf.
Merseburg, den 25. September 1919.

Geldschränke Kassetten **Mauerschränke** sol. lieb. Preisl. uml. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Amerikan Zigaretten
hat laufend abzugeben (pro Mille 300 Mk.). Off. u. 846 a. d. Exp.

Rasier-Apparate
Rasier-Messer
Rasier-Seife
Otto Stiebritz,
Parfümerie,
Gotthardtstraße 32.

Getragene Herrenhüte

werden gereinigt, gefärbt und auf modernste Art umgeformt. Schnellste Bedienung u. billigste Berechnung.
Leipziger Hutpresserei
Leipzig, Grimmaischer Steinweg 6, H. r. — Telephon 6350.
Schräg gegenüber der Hauptpost.

Jg. Kaufm. sucht zwecks Gründung einer Hausbapelle Anschluß **an musikliebend. Herren.** Zuschriften m. Ang. d. betr. Instr. erb. u. 852 an die Exp. d. Bl.

Eine alleinstehende Frau sucht dauernde Beschäftigung als
Wirtschafterin.
Offert. unt. 850 a. d. Exp. d. Bl.

Mädchen
vom Lande sucht Stellung in leichten Dienst zum 1. 10. in der Stadt. Off. unt. 844 a. d. Exp. d. Bl.

Maurer

stellt ein. Zu melden
Neubau Lorez
Gartenstadt Skovau.

Bürogehilfen,
männlich oder weiblich, völlig kundig der Schreibmaschine und Stenographie, sucht sofort oder später **Dr. Rademacher,** Rechtsanwalt und Notar.

Zuverlässige
Arbeiter
als Transmissionsschmierer und Papierpacker sofort gesucht
Königsmühle.

Mehrere Elektriker,
nur selbständige Leute, stellt ein
Fritz Wegner,
Installateur, Karlstraße 8.

Geschirrführer
wird gesucht.
L. Weniger, Ob. Breite Str. 5.

Tüchtige
Obstpflücker
sucht Planiage Collenbey.

Stenotypistin
durchaus gewandt, nicht Anfängerin, sucht sofort oder später eventl. vorläufig zur Aushilfe an einigen Stunden des Tages
Dr. Rademacher,
Rechtsanwalt und Notar.

Geübte
Anlegerinnen
für Tiegeldruckpressen gesucht
B. A. Blankenburg Papierwarenfabrik

Frauen zur Feldarbeit
sucht **Louis Weniger,**
Obere Breite Str. 5.

Frauen

zum Kohlentragen können sich melden im städt. Krankenhaus.

Anständ. Mädchen
für alles sucht zum 1. Oktober Frau Regierungs-Baumeister Erhard, Bürgergarten 11.

Aufwartung
gesucht. Zu melden 8—10 Uhr vormittags. Bahnhofstraße 6.

Aufwartung
gesucht Frau Dr. Steinhorst, Entenp. an 4, 2 Tr.

Brieftasche verloren
(800 M. Inhalt) Gotthardtstraße bis Ritterstraße. Gegen hohe Belohnung abzugeben. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 217. Freitag den 26. September 1919. 46. Jahrg.

Bezugs-Bestellungen

für das 4. Vierteljahr 1919

auf den

Merseburger Korrespondent

(Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg).

die wir sofort anzugeben bitten, vermitteln zum bekannten Bezugspreise sämtliche Postanstalten des Reiches und in Schafstädt, Großgräfendorf, Burgstaden, Milzau, Lauchstedt, Knapendorf, Dörstewitz, Schkopau, Ascendorf, Pretzsch, Zöschen, Reipisch, Frankleben, Neumark, Lützkendorf, Mücheln, Leuna, Leunawerke, Rössen, Kolonie Rössen, Spergau, Fährendorf, Dürrenberg und Kötzschau-Schiadebach außerdem unsere Filialen und die

Geschäftsstelle in Merseburg,

Kl. Ritterstraße 3.

Um Ludendorff.

„Kriegserinnerungen".

Das mit großer Spannung erwartete Buch Ludendorffs liegt nun seit einigen Wochen der Öffentlichkeit vor. Daß der General, dessen Leben in den vergangenen Jahren ja nicht nur einen furchtbaren Kampf gegen den äußeren Feind gewidmet war, sondern der mit einer seinem mächtigen Temperament entsprechenden Leidenschaft zu gleicher Zeit gegen eine geistige und politische innerdeutsche Richtung ankämpfte, die er für nicht minder schädlich hielt, sich nicht darauf beschränken würde, die angehenden Schätze seiner Zaubertrankenkenntnisse und die geheimen Gedanken und Richtpunkte seiner Strategie auszubreiten, war zu erwarten. Es war ja soweit gekommen, daß wir von Ludendorff neben der Schilderung des Krieges zugleich eine politische Streitschrift befürchten mußten. Der General war freilich mächtig angegriffen worden und hatte selbst jahrelang erbitterte Angriffe unternommen. Er hatte sich auch zu rechtfertigen.

Es ist im höchsten Maße zu bedauern, daß die innerdeutschen Zustände der objektiven Geschichtsschreibung so große Hindernisse bereiten. Wie wertvoll wäre es gewesen, die Gedankengänge der strategischen Gedankenwelt in dem ruhigen Licht streng sachlicher Berichterstattung zu sehen und in einer politischen Atmosphäre zu leben, die solche Ruhe und Objektivität ermöglicht. Nun liegt es so: je mehr wir uns in dem sehr umfangreichen Buche den entscheidenden Ereignissen nähern, je brennender unsere Frage an Ludendorff wird: wie kam es eigentlich, daß dieser jähe Absturz erfolgte? — desto geringer wird die historische Klarheit und desto mehr durchdrängt die Tagespolitik die Schilderung des Generals. Das führt soweit, daß bei der Darstellung der zweiten Hälfte des Angriffsfeldzuges 1918 die strategischen Erwägungen hinter den politischen Anklagen völlig zurücktreten. Das ist umso bedauerlicher, als diese Methode dazu führt, daß die gewaltigen Leistungen der O. H. L. und besonders die übermenschliche große Arbeit Ludendorffs wegen des Streites, der sich an die politischen Anklagen und leider auch ernsthaften nachweisbaren Entstellungen mit Notwendigkeit anknüpfen muß, meistens zu kurz kommt. Aber das kann nicht anders sein: die Kriegswende ist für Deutschland unendlich viel wichtiger als die vielen glücklich und kunstvoll geführten Teilfeldzüge; wären diese mißlungen, dann hätte im schlimmsten Fall auch nichts anderes geschehen können als eine fürchterliche deutsche Niederlage. Spricht man aber von der Katastrophe, so muß man auch von dem Politiker Ludendorff reden. Hier scheiden sich die Geister.

Ludendorff wollte von Haus aus nichts von „Politik" wissen. Aber er dachte dabei wohl an Parteipolitik, denn vom ersten Tage an war sein Ziel nicht der Sieg schlechthin, sondern der Sieg zu einem bestimmten Zweck: zur Erlangung ganz bestimmter politischer Machtziele. Das ist gewiß an sich kein Verbrechen. Und es ist auch nicht Ludendorffs Fehler, wenn die Staatsmänner, mit denen er es zu tun hatte, ihn nicht auf sein strategisches Gebiet zurückzuverweisen vermochten. Wohl aber fällt auf ihn die volle Verantwortung dafür, daß er gewirtschaftet und gekämpft hat, wie wenn es nur den deutschen Siegeswillen, die Siegeschance, und nichts anderes auf der Welt gäbe. Er fühlte wohl die gewaltig starken Schranken, die uns vom Feind gesetzt waren, aber er beachtete sie nur solange, als er sich gerade hart an ihnen stieß, und wenn er vollends auf einem Teilgebiet des weiten Kriegstheaters Erfolg hatte — zum Teil glänzenden Erfolg! — so übertrug er dies aufs Ganze. Er hatte kein Gefühl dafür, daß die Teilerfolge, vollends der unselige Tauchbootkrieg, nur den Widerstand der Weltmächte an der Hauptfront verstärkte. Es war für die Welt eine beschlossene Sache: Deutschland darf den Endsieg nicht erringen. So erhob sich England zu den gewaltigsten Anstrengungen, als es im Herbst 1914 Frankreich wanken sah, und so erhob sich Amerika, als Deutschland durch letzte verzweifelte Riesenschläge das Schicksal zu meistern suchte. Das Verhängnis Ludendorffs war eben, wenn wir seine persönlichen Mängel, wie die ungeheure Selbstüberschätzung und den Hang zum Hasardieren, beiseite lassen, daß ein Weltkrieg überhaupt nicht „ohne Politik", nach „rein strategischen" Grundsätzen geführt werden kann; unabhängig von der Politik ist in solchem Falle nicht einmal die Taktik (man braucht bloß an Bombenwürfe, rücksichtsloses Vorbeibeten usw. zu denken!), unter gar keinen Umständen aber die Strategie, d. h. die Verknüpfung der einzelnen Schlachten und Feldzüge zur Erstrebung des Endzieges, also die ganze Anlage des Krieges im Großen. Insofern war schon der Anfang des Krieges Ludendorff billigt) ein ungeheurer Fehler, weil unsere Strategie schwerste politische Folgen mit sich brachte: die höchste Steigerung war dann der rücksichtslose Tauchbootkrieg, zu dem sich Ludendorff, wie er selbst sagt, durch die falschen Prophezeiungen der Marine drängen ließ, weil er selbst keine Siegeschance im Landkrieg zu sehen vermochte. Vollends sie schweren Fehler, die unsere Kriegführung durch unerbittliche Härte, ja Grausamkeiten beging, die uns beispielsweise in der Frage der Verschleppung belgischer Arbeiter nur schweren politischen Schaden und nicht den geringsten militärischen Nutzen brachten. Endlich: durch die Aufstellung und Verfolgung bestimmter Kriegsziele begab sich die O. H. L. ins eigentlichste Gebiet der Staatspolitik, für die ihr jedes Augenmaß und jede Eignung fehlte. Trotzdem gab es hier für Ludendorff keine innerpolitischen Hindernisse; wenigstens glaubte er, wenn man das nur richtig mache, alle Opponenten durch schweres Geschütz zum Schweigen bringen zu können. Dadurch und durch unzählige innerpolitische Gewaltsamkeiten reizte er die infolge der langen Dauer und der Entbehrungen des Krieges rebellisch werdenden Volksmassen nur noch mehr. Durch verlockende Versprechungen — das Gerede vom sicheren nahen Sieg klingt uns allen ja noch im Ohre — suchte er das Volk zum äußersten aufzupeitschen. Blendende Schein-Erfolge halfen noch. Der letzte Atem des deutschen Volkes wurde im Endkampf hingegeben. Dann fiel alles wie ein Kartenhaus zusammen, blutleer, entsäftet, angewibert. Wilder Haß war die Folge. Der Krieg war ohne Politik geführt und gründlich verloren worden.

In ruhigeren Zeiten wird das Buch ruhiger gelesen und ruhiger gewürdigt werden. Aber das Endurteil wird immer dasselbe bleiben: was ohne Ludendorff gekommen wäre, wissen wir nicht; was hätte geschehen können, wenn er das rechte Maß gefunden und sich völlig und sachgemäß in den Dienst der Verständigungspolitik gestellt hätte, darüber kann man nur Vermutungen anstellen — was aber das Ergebnis von Ludendorffs himmelstürmender Verblendung war, das wissen wir und daran werden Generationen zu leiden haben.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 24. Sept.

Am Ministertisch: Hirsch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min.

Die zweite Beratung des

Staatshaushaltsplanes für 1919

wird fortgesetzt.

Der Haushaltsplan der Lotterieverwaltung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Angenommen werden ferner die Haushaltspläne der Münzverwaltung und der Staatsschuldenverwaltung. Zum Haushalt der Staatsarchive fordert

Abg. Henning (U. S.) Öffnung der Archive für die allgemeine Forschung.

Der Generaldirektor der Staatsarchive: Eine Klausur der Archive hat nie bestanden. Geheimnisse sind nicht in den Archiven. Sie sind wo anders.

Zum Haushalt der Oberrechnungskammer beantragt der Ausschuß zeitgemäße Vereinfachungen des Geschäftsganges.

Abg. Schubert (Soz.) wünscht Umbildung der reaktionär zusammengesetzten Oberrechnungskammer.

Ohne Erörterung werden erledigt die Haushalte für Disziplinarhof, Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, Gesetzsammlungsamt in Berlin und Deutschen Reichs- und preußischen Staatsanzeiger. Beim Haushalt Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten tritt

Abg. Hesch (Dn.) für die Rechte der deutschen Beamten in den abgetretenen Gebieten ein.

Beim Haushalt Kriegsministerium — Zeughaus — entsteht eine Debatte über die Verbrennung der französischen Fahnen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über

Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Erbverkehr

der Staatsforsten. Der Gesetzentwurf wird ohne Erörterung in zweiter Lesung erledigt und in dritter Lesung angenommen.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist die zweite Beratung des

Haushalts für die Bauverwaltung.

Abg. Schmedding (Ztr.) wünscht, daß an die Wasserbauräte, entsprechend den Beamten der Eisenbahnen, die Titel Regierungs- und Bauräte verliehen werden.

Abg. Dr. von Krieß (Dn.) fragt an, wieweit die Verhandlungen auf Übernahme der großen Wasserstraßen durch das Reich gediehen seien, und erklärt sich einverstanden mit den Anträgen des Ausschusses, in die Bezirkswasserstraßenbeiräte usw. Vertreter der Arbeiter und Angestellten anzuziehen und für die Beamten und Arbeiter der Bauverwaltung Interessenvertretungen zu errichten.

Abg. Rebenh (Dem.): Der Mittellandkanal muß schnellstens fertiggestellt werden.

Um 5 Uhr 20 Min. vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

*

Das Betriebsrätegesetz im Ausschuß.

Der 7. Ausschuß der Nationalversammlung begann am Dienstag seine Arbeit mit der Beratung des Betriebsrätegesetzes. Die Generalbatte eröffnete der Berichterstatter Abg. Erkelenz (Dem.), der den Grundgedanken des Gesetzes für gut, seine

Ausführung aber für falsch erklärte.

Insbesondere führte die Tendenz der Regierungsvorlage zur Syndikalisierung in den Betrieben. Zur Vertretung der beiderseitigen Interessen genügten die Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Der Redner legt sodann einen

eigenen Gesetzentwurf

zu der Regierungsvorlage vor.

Abg. Erbardt (Ztr.) führte aus, daß der Gesetzentwurf nicht vom Parteistandpunkt, sondern mehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus beurteilt werden müsse. Er schilderte die Gegensätze der Gegenwart: einerseits radikale Versuche nach Sozialisierung, anderseits immer noch Bestrebungen der Unternehmer, diktatorisch zu herrschen. Die Rechte der Arbeitgeber in der Führung des Betriebes müßten gewahrt werden. Zum Betriebsrat müßten beide Gruppen der Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt in die Erscheinung treten. Bei gemeinsamen Fragen müsse die Gesamtheit des Betriebes im Betriebsrat vertreten sein. Es müsse der Grundsatz aufgestellt werden, „Betriebsräte müssen Mitglieder der vertragsabschließenden Gewerkschaften" sein. Die Vorlage der Geschäftsbücher seitens des Arbeitgebers an den Betriebsrat könne nicht befürwortet werden. Dasselbe gelte von der Zeilnahme der Betriebsräte an den Aufsichtsratssitzungen.

Abg. Dr. Röliche (Dn): Es ist unmöglich, für alle wirtschaftlichen Betriebe der Industrie, des Handels und des Gewerbes, Bergbau und Landwirtschaft gleiche Bestimmungen zu treffen. Daher behalten wir uns vor, einen Gesetzesvorschlag zu machen, der als Rahmengesetz die allgemeinen Mindestgrundsätze festlegen wird und den berufenen Vertretungen gestattet, die Einzelbestimmungen beim Wirtschaftszweig entsprechend auszugestalten. Die Organisation der Arbeiter und Angestellten muß in gesonderten Ausschüssen erfolgen.

Abg. Wender (Soz.): Die Regierungsvorlage ist trotz mancher Mängel eine geeignete Grundlage zur Schaffung des Betriebsrätegesetzes. Die Entscheidung über

Entlassung Einstellung muß den Räten eingeräumt

werden, damit die Willkür der Arbeitgeber auf diesem Gebiete gebrochen wird. Die Verantwortung ist für die Arbeiter groß; sie muß aber getragen werden. In dieser und ähnlichen Fragen darf keine Abschwächung erfolgen. Wenn das Gesetz geschaffen wird, kommen für 150 000 Betriebe Betriebsräte und über eine Million Obmänner bezw. Vertrauensleute im ganzen wohl 1½ Millionen Betriebsräte und Obmänner in Betracht.

Abg. Behrens (Dn.): Man hätte zuerst das Gesetz zur Schaffung des Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte vorlegen und diese erstarken sollen. Diese Körperschaften hätten dann bei sozialen Gesetzen mitwirken können.

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.): Die Stellung und die besonderen Rechte der Angestellten dürfen nicht durch Mehrheitsbeschluß unterbunden werden.

In der Nachmittagssitzung führte Reichsarbeitsminister Schlicke aus, daß der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, den man von dem Gesetz befürchte, schon vor dem Gesetz bestanden habe, dessen Bestimmungen zumeist nicht neu seien, sondern schon in dem Gesetz über Arbeiterausschüsse und Koalitionsrecht enthalten seien. Es wäre ja besser gewesen, das ganze zu erwartende sozialpolitische Programm vorzulegen, aber über sein Können müsse niemand. Das vorliegende Gesetz sei eigentlich nur ein Rahmengesetz. Sollten den Betriebsräten durch Tarifverträge erweiterte Befugnisse zugewiesen werden, so habe die Regierung gegen nichts einzuwenden. Mit dem von den Demokraten vorgelegten Entwurf könne der Minister sich nicht einverstanden erklären.

*

Regierung und Regierungspartei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch Oppositionsstellung gegen die Regierung eingenommen. Es handelt sich um folgenden Vorfall:

Einleitung in die Ausschußberatung der Umsatzsteuer beantragte der sozialdemokratische Abg. Kraebig die Aussetzung der Beratung, bis sämtliche direkten Steuern verabschiedet seien. Denn erst, wenn deren Ergebnis vorliege, könnte sich seine Partei darüber schlüssig machen, ob indirekte Steuern bewilligt würden oder nicht. Der Abg. Wolfstein erklärte, daß dieses Verhalten der Sozialdemokratie mit dem parlamentarischen Usus unvereinbar sei. Seine Partei könnte es nicht als ihre Aufgabe ansehen, die Regierung gegen einen Angriff der Hauptregierungspartei zu schützen. Der schleunigst herbeigeholte Reichsfinanzminister Erzberger bezeichnete den Antrag der Sozialdemokratie als für die Regierung unannehmbar mit allen sich ergebenden Konsequenzen. Trotzdem hielt die Sozialdemokratie ihren Antrag aufrecht. Inzwischen war der Abg. Scheidemann auf der Bildfläche erschienen. Man verständigte sich schließlich dahin, die Verhandlungen im Ausschuß für zwei Tage auszusetzen. Es bleibt abzuwarten, ob die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder bis dahin sich entsinnen werden, die Politik ihrer eigenen Regierung nicht zu durchkreuzen.

Der Vorfall beweist, daß die Sozialdemokratie sich ihrer Pflichten als Regierungspartei vielfach noch nicht bewußt ist. Die Sozialdemokratie kann sich als Haupt-, als stärkste Regierungspartei heute nicht den Luxus einer Demonstration gegen die Regierung in einer

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Jetzt reichte ihr der Herr die Hand. „Willkommen", meinte er. „Achtundzwanzig Damen, darunter diese mit den glänzendsten Zeugnissen, haben sich auf meine Anzeige gemeldet. Aber Ihre Hausschrift gefiel mir so gut, da liegt so viel Charakter und Schwung in jedem Zuge. Ich lese nämlich wie ein Seher aus der Schrift und täusche mich nie. — Darum hat mich Ihr Alter, vielmehr Ihre Jugend, nicht gestört! Aber bitte, nehmen Sie doch Platz!"

Alle setzten sich nieder.

„Ich heirate nämlich wieder", erklärte die Dame.

„Das ist Frau Müller, von der ich Ihnen schrieb. Sie ist acht Jahre bei uns." „Und ich trenne mich bitter schwer; aber mein Mann, von dem ich geschieden lebte, gibt keine Ruhe. Wir gehen wieder zusammen."

„Und mein Mädchen, meine Friebel, verliert ihre zweite Mutter. Sehr traurig für das Kind und mich", klagte er während seine Blicke unheimlich freundlich und forschend über Gertrud glitten.

„Ich habe Ihnen aber schon längst erklärt, Friedelchen braucht einen Wechsel, einen fröhlichen, jungen Menschen, lieber Freund. Und wenn ich mir Fräulein zu ansehe, würde ich es versuchen!" rief die Müller, knippste mit den Fingern, kniff die Augen ein und blinzelte ihm zu.

„Sie heißen Meinhard, mein Fräulein", sagte er. „Sind Sie vielleicht mit dem bekannten Staatsmann, dem Präsidenten, verwandt?"

„Ich stehe allein", erwiderte Gertrud mit schmerzlichem Empfinden bitter. „Weshalb?"

Er schien etwas verlegen.

Jedoch die Hausdame übernahm die Antwort: „Herr Berndt ist etwas komisch. Er ist eifersüchtig, wirklich! Natürlich im besten Sinne. Er verwöhnt uns alle mit seiner Güte; aber wir müssen uns ihm mit Haut und Haaren verschreiben."

„Aber, Liebste, Beste! Was sprechen Sie? Was soll die junge Dame denken?" unterbrach er sie schnell. „Nein, die Sache liegt so, Ich habe keine Verwandten und keinen Freund; ich habe es mir sehr gern, wenn meine Damen einen großen Anhang haben. — Ich denke dann stets, sie widmen sich nicht mit dem ganzen Herzen meinem Kinde."

Gertrud wußte nicht recht, ob Zustimmung oder Mißtrauen in ihr überwog; aber sein Ton klang aufrichtig. Sie neigte den schönen Kopf. „Ich kann es nicht verstehen; aber ich stehe allein. Sie hätten nichts zu befürchten, nachdem ich meine Pflichten einmal übernommen habe."

In seinen Augen glänzte es plötzlich auf. Seine kurze fette Hand klopfte vergnügt das Knie.

„Schauen Sie", warf die Müller etwas gereizt ein, „was wir besprachen. Wenn Sie Fräulein engagieren, hätten Sie keine Wiederkehr eines Vorfalles zu befürchten."

„Wer sagt Ihnen, daß Fräulein Meinhard ganz frei ist? Vielleicht ist sie längst verlobt?" Er blickte sie forschend an.

„Ich bin nicht verlobt, wüßte auch nicht, was meine persönlichen Verhältnisse mit der Gewissenhaftigkeit meiner Pflichterfüllung zu tun hätten?"

„Sagen Sie das nicht", erwiderte er schnell, „wenn ich eine Dame in mein Haus aufnehme, möchte ich sie doch recht, recht lange bei uns sehen, am liebsten für immer. Der Gedanke, sie bald verlieren zu können, ist mir gräßlich."

„Ich kann verstehen, daß Sie für Ihr mutterloses Töchterchen derartige Erwägungen haben. Die Erziehung würde unter dem Wechsel leiden."

„Meine Friebel ist nicht mutterlos", antwortete er und seufzte, „nur ist meine arme Frau seit zehn Jahren in einer Anstalt."

„O", meinte Gertrud bedauernd und fragte ablenkend: „Habe ich auch den Schulunterricht Ihrer Tochter zu leiten, Herr Berndt? Ich habe kein Lehrerinnenexamen gemacht."

„Das tut nichts. Die Kleine ist mit der Schule durch. Sie ist fünfzehn Jahre alt, sehr zart und soll mir nicht gequält und überanstrengt werden", sagte wieder Frau Müller. „Unser Hausarzt wünscht, daß sie nur spielend weitergebildet wird."

„Und wie geschieht dies, gnädige Frau?"

„Wir lesen mit ihr, plaudern mit ihr ein wenig Englisch und Französisch, belehren sie auf Reisen. Das Kind ist sehr dankbar und aufnahmefähig. Ein süßes Geschöpfchen!" Sie sah den Vater an, der sich die Augen wischte und ihr gerührt zunickte. „Sie sollen Friebel gleich kennen lernen."

Herr Berndt erhob sich und drückte auf einen Knopf. „Rufen Sie Fräulein Friebel", befahl er einem eintretenden Stubenmädchen.

Gleich darauf kam ein auffallend zartes Geschöpfchen, an dem eigentlich alles zu schmal und zu klein war, außer großen, braunen, merkwürdig reif und ernst blickenden Augen. Die engärsmige Gestalt steckte in einem zierlichen Kinderkleidchen aus matthlauer Seide gehüllt. Eine gleichfarbige Riesenschleife saß in dem spärlichen, blonden Haar, das aufgelöst auf den Rücken herabhing. Anfangs blieb das Mädchen wie eingeschüchtert stehen.

„Komm doch 'rein, Elschen", rief Frau Müller zärtlich.

„Sieh, Friedel, mein Liebling, das ist Fräulein Meinhard mit der schönen Handschrift, die ich dir zeigte", sagte der Vater erklärend und zog die Tochter mit dem Ausdruck liebender Weichheit an sich. „Wenn dir das Fräulein gefällt, und wenn sie bleiben will, engagiere ich sie sofort."

Gertrud war aufgestanden und dem kindhaften Wesen entgegengegangen. Ihre Blicke tauchten ineinander und sie fühlte sogleich die stumme, scharfe Prüfung, der sie unterzogen wurde. Sie lächelte unwillkürlich.

Da streckte die Kleine die Hand aus und sagte in bittendem Tone: „Werden Sie wirklich zu uns kommen?"

Gertrud ergriff das magere Händchen. „Ich möchte wohl bei dir bleiben", antwortete sie freundlich.

Elfriede Berndt atmete erregt. Sie wandte sich zu ihrem Vater, schaute ihn groß an und meinte plötzlich herrisch wie ein verwöhntes Kind: „Sie bleibt; aber sie ist nur für mich da. Nur für mich! Hört du, Papa? Und sie wohnt in dem Zimmer neben mir, damit ich sie immer habe. Ich will nicht, daß sie, wie die Tante, immer bei dir ist! — Sie muß auch gleich bleiben, sie ist so schön und so jung, und sie hat so viel geweint. Du aber darf sie nicht mehr weinen. Wir müssen sehen, daß sie bei uns immer lacht."

„Aber, Friebelchen, mein Engel", stotterte der Vater höchst verlegen.

Frau Müller wandte sich an Gertrud: „Ein verzärteltes, verhätschelstes Püppchen", flüsterte sie wie entschuldigend. „Sie war immer so leidend und wir mußten ihr Herz schonen, um sie nicht aufzuregen! — Erschrecken Sie nicht! Sie ist sonst äußerst lenksam und gut veranlagt."

Ich erschrecke gar nicht", entgegnete diese und drückte die kleine Hand, die bald heiß, bald kalt wie ein verirrtes Vögelchen in der ihren zuckte. „Wenn ich meine Stellung hier wirklich antreten sollte, dann werden wir uns sehr lieb gewinnen, glaube ich."

„Wann könnten Sie zu uns kommen?" fragte Berndt.

Die Gefragte zögerte.

„Bleiben Sie doch gleich hier", bettelte das Mädchen.

„Ich hatte mir, aus Liebe für unser Friebel vorgenommen", warf Frau Müller mit etwas schiefem Blick auf diese und einem verknifenen Lächeln ein, „noch einige Wochen auszuharren, bis meine Nachfolgerin gefunden und sich eingearbeitet hätte — —"

„Sie wollen doch nicht etwa schon jetzt fort?" rief Herr Berndt sichtlich erschrocken und wurde blaß.

„Nein, nein, mein Freund, dazu stehen wir doch zu tief in Ihrer Schuld; aber Sie wissen ja selbst, wie mein Mann drängt. — Wenn es sich ermöglichen ließe, daß Fräulein Meinhard bald antritt — —" sie wandte sich dieser zu.

„Ich stehe, wenn alles besprochen ist, von morgen ab zu Ihrer Verfügung", erklärte Gertrud. Sie hörte selbst staunend sich so ruhig zu sprechen, denn eine unbeschreibliche Aufregung schwächte sie plötzlich. Am Ziel! In Sicherheit! Unwillkürlich mußte sie Elfriedes Hand loslassen und sich hinsetzen. Zuviel war auf sie eingestürmt, hatte sie beängstigt.

„Kommen Sie, ich möchte Ihnen unsere Zimmer zeigen und Spitz und meine Vögel", sagte das junge Wesen neben ihr und streichelte ihre Wangen. „Papa ist sehr gut, und ich habe Sie sehr lieb. Sie brauchen gar nicht so blaß zu werden und so traurig auszusehen."

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0005

bedeutungsvollen Frage erlauben. Daran leidet ja überhaupt die heutige Regierung, daß sie keinen festen Verlaß hat auf die hinter ihr stehende Partei. Es ist nicht das erste Mal, daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Rolle der Opposition gegen die Regierung gefällt, obwohl sie die die Regierung tragende Partei ist. Es sei nur erinnert an einen Vorgang bei der Beratung der Tabaksteuer. Damals verlangte sie die Einführung des Monopols oder die Zurückziehung des ganzen Gesetzes. Erst als die Demokraten den Sozialdemokraten nicht den Gefallen taten, gegen diese Forderung Opposition zu machen, sondern sich eventuell damit einverstanden erklärten, schreckten die Sozialdemokraten zurück und retteten die Vorlage. Der neue Vorgang bei Beratung der Umsatzsteuer beleuchtet von neuem die eigenartige Rolle der Sozialdemokratie als Regierungspartei.

*

Zu dem Streit um die Umsatzsteuer

von gestern sagt der „Vorwärts“: Es handelt sich nicht um eine sachliche Stellungnahme zu den einzelnen Steuervorlagen, sondern um die Reihenfolge, in der sie verabschiedet werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion geht von der Auffassung aus, daß man zunächst den Besitz mit seiner vollen Leistungsfähigkeit heranziehen müsse, und daß erst dann das noch Notwendige auf die Schultern der breiten Massen gelegt werden dürfe. Sie befürchtet, daß das umgekehrte Verfahren dazu führen könnte, die indirekten Steuern hochzuschrauben in der Absicht, dadurch den Besitz zu entlasten.

Provinz und Umgegend.

† **Naumburg**, 24. Sept. Der Landwirt Max Müller aus Auerstedt war mit einem Wagen voll Kartoffeln und Weizen auf dem Wege nach der Thüringer Güter-Zentrale Naumburg, um die Waren für teures Geld an hiesige Großschieber abzusetzen. Unterwegs wurde er aber von der Gendarmerie abgefaßt, die Ware beschlagnahmt und durch Verkauf der Allgemeinheit zugeführt. — Halbwüchsige Burschen, Arbeiter aus den Leuna-Werken, zerschlugen vergangene Woche in dem von ihnen besetzten Abteil des um 9 Uhr von Halle abgehenden Zuges sämtliche Scheiben mutwillig. Zwischen Leißling und Weißenfels wurde die Untat bemerkt, die Verüber festgestellt und in Leißling in Gewahrsam gegeben.

† **Osterfeld**, 24. Sept. Die Fischdiebe, die den großen Heidenteich durch Zertrümmern des Zapfens abließen und eine Anzahl großer Karpfen stahlen, sind von Gendarmeriewachtmeister Beltz ermittelt worden. Es sind dies die beiden Knechte Geithner und Fleischer aus Weickelsdorf. Verdächtig sind noch drei andere Knechte und einige Kinder. Durch das Ablassen des Wassers sind Tausende von Brutfischen getötet worden.

† **Droyßig**, 24. Sept. Die Gemeinde Droyßig beabsichtigt, durch die Wohnungsiedlungsgesellschaft Weißenfels G. m. b. H. bis zu 48 Einfamilienhäuser am Weißenborner Wege errichten zu lassen. Die jährliche Verzinsung und Tilgung würde etwa 600 M betragen.

† **Torgau**, 23. Sept. Der am Abend des 30. August an der Witwe Kirchhöfer aus Beckwitz und ihrer Tochter in der Nähe des „Wolfschlößchens“ verübte Mord erweist sich als ein Mutter- und Schwesternmord. Der kurz nach der Tat verhaftete Sohn, der auf einem Gute in Melpitz bedienstete Knecht Hermann Kirchhöfer, hat vor dem Ersten Staatsanwalt in Torgau gestanden, der Mörder der eigenen Mutter und Schwester zu sein. Die furchtbare Tat hat der erst 23 Jahre alte Mensch lediglich aus Habsucht begangen: er wollte die Erbschaft von einigen Tausend Mark, die er zu erwarten hatte, alsbald allein haben, um eine kleine Wirtschaft übernehmen zu können.

† **Sangerhausen**, 24. Sept. Im Oktober soll in der Nähe unserer Stadt eine größere Ausgrabung vom Provinzialmuseum gemacht werden. Bekanntlich dürfen nach dem Ausgrabungsgesetze private Ausgrabungen nur noch mit Genehmigung des Regierungspräsidenten stattfinden, der die Entscheidung darüber dem Leiter des Provinzialmuseums übertragen hat.

† **Halberstadt**, 24. Sept. Zu der mit dem Ephoralamt verbundenen Oberpredigerstelle am Dom ist von den maßgebenden Stellen Superintendent Brinkmann in Bromberg in Aussicht genommen.

† **Magdeburg**, 23. Sept. Sonnabend morgen wurde auf einem hiesigen Färbereigrundstück der Wächter Packebusch erschlagen aufgefunden. Mit einem Spaten, der neben der Leiche lag, war dem Unglücklichen der Schädel gespalten. Es ist anzunehmen, daß als Täter Personen in Frage kommen, die auf dem Grundstück einen Diebstahl ausführen wollten.

† **Crossen**, 24. Sept. Die Überlandzentrale Gera-Langenberg, der auch Crossen und Umgegend angeschlossen ist, hat wegen der Brennstoffnot vom letzten Montag ab die Stromabgabe für Kraftzwecke auf die Vormittagsstunden von 7—12 Uhr beschränkt. Bei Lichtbetrieb abends dürfen keine Motoren eingeschaltet werden.

† **Jena**, 24. Sept. In dem bekannten Hotel „Zur Sonne“ brach in letzter Nacht Feuer aus. Man vermutet Brandstiftung. Der Hausdiener wurde verhaftet. Auch der Wirt scheint in die Angelegenheit verwickelt zu sein.

† **Quedlinburg**, 24. Sept. Gelegentlich der Umgruppierung der Reichswehrbrigade 4 erhält Quedlinburg zwei Bataillone Infanterie, eine Minenwerferkompanie, einen Zug Artillerie und einen Zug Kavallerie, was der Stärke der Friedensgarnison entspricht. Anstelle der vom hiesigen 2. Bataillon nach Halberstadt und Blankenburg kommenden Truppenteile wird ein Jäger-Bataillon und ein Zug Kavallerie nach hier verlegt.

† **Dessau**, 24. Sept. Das Landesernährungsamt setzte für die Zeit von jetzt bis zum Februar 1920 die wöchentliche Kartoffelmenge pro Kopf von 7 auf 9 Pfund hinauf.

† **Saalfeld**, 24. Sept. Der Hufbüter Eschrich wurde hinter dem Güterbahnhof bei der Sichtung eines verdächtigen jungen Menschen von dessen Komplizen durch einen Revolverschuß in den Hals schwer verletzt. Eschrich gab dann selbst Schüsse ab, durch die der von ihm Angehaltene, der erst kürzlich aus der Reichswehr entlassene 19jährige Kutscher Albert Langguth aus Königsee, getötet wurde. Bei dem Getöteten handelt es sich um einen der Einbrecher, die kurz vorher im Kontor des Truppelschen Büroartikel-Geschäfts reiche Beute gemacht hatten. Bei dem Erschossenen fand man noch etwa 400 M bares Geld, Zigaretten, Zigarren, und einen Revolver mit Munition.

Sport und Leibesübungen.

Warum Fußballmannschaften reisen müssen.

Von H. Habicke-Halle.

Nach kurzer Pause hat für den Fußballsport die neue Spielzeit wieder begonnen. Der Fernstehende kann sich aus den vielen Nachrichten über die Spiele und ihre Zusammensetzung kaum ein Bild von dem gewaltigen Spielbetriebe machen, der jetzt allerorts einsetzt. Reisen, weite Reisen und mehrtägige Tournee's sind an der Tagesordnung. Mit welchen Summen da gerechnet und operiert wird, davon hat der Laie keine Ahnung. Die Verteuerung der Bahnfahrt und des Reisens an sich zwingt die großen Klubs zu immer neuen Ausgaben, veranlaßt sie zu immer größeren Anstrengungen. Es ist ein Wettefern, dessen Ausmaße gigantische Formen angenommen haben. Um viele Tausende handelt es sich, die hier angesetzt werden, wobei verstanden, um nur dringende Tausende, die volkswirtschaftlich und volkspolitisch von größter Bedeutung sind. Verdient wird hierbei nicht, sondern nur umgesetzt. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß die Vereine diese Beträge aus ihrer Tasche bezahlen können, und so kommen wir von selbst zu Eintrittsgelbern, die sich je nach den Unkosten abstufen und zeitweise eine Höhe erreichen, die weit als üble Geschäftstaktik ausgelegt werden. Nun muß aber berücksichtigt werden, daß die Vereine nicht immer durch die Eintrittsgelder auf ihre Kosten kommen und ihnen darum ein Überschuß in einzelnen Spielen von Herzen zu gönnen ist, wenn ein andernal der Wettergott einen Spieltag um seine Erträgnisse bringt. Die Durchschnittsvereine werden z. B. nur selten auf ihre Kosten kommen und der Vereinssäckel muß meist schwer bluten, um die Unkosten eines großen Spieles zu decken. Nur wenige Vereine sind so glücklich, daß ihnen in der Regel kein Defizit entsteht. Dazu kommen noch die hohen Unkosten für Platzmieten und Materialausgaben, Ausgaben, die gewaltig gestiegen sind. So kostete ein Fußball vor dem Kriege fix und fertig 10—12 M, jetzt bezahlen die Vereine 80—100 M dafür. So entsteht ein Berg Unkosten, daß von selbst die Frage kommen muß: Sind denn diese kostspieligen Reisen notwendig und zweckmäßig? Darauf kann es nur eine Antwort geben: Ja! Was in der Natur für den Züchter die fremde Art, das neue Blut ist, was in der Menschheitsgeschichte durch Paarung blutsfremder Menschen die Erhaltung und Veredlung der Rasse bedeutet, das ist für den Fußballsport der Austausch fremder Mannschaften. Nur durch regen Sportverkehr der Vereine mit solchen anderer Städte, Verbände und Länder ist eine Befruchtung und Hinaufentwickelung des Sportes möglich. Spielen die Ortsgegner immer nur unter sich, so wird bald eine Stagnation eintreten, die unendlich schädigend wirkt. Die Spielweise eines Vereins, die Eigenart der Spieler und häufigen Spielwiederholungen ein und derselben Mannschaften werden bald erkannt und stumpfen das Interesse an den Beziehungen nach und nach ab. Häufige Begegnungen auch der besten Mannschaften untereinander machen die Mannschaften einseitig und beeinflussen den Kampfwillen derselben, da der Ausgang auf Grund der bisherigen Begegnungen im großen und ganzen feststeht.

Das verflossene Jahr hat nach dieser Seite wertvolle Beobachtungen ermöglicht. Durch die Unterbindung des Reiseverkehrs im verflossenen Winter konnten die Fußballmannschaften so gut wie nicht reisen, so daß sie gänzlich auf sich angewiesen waren. In Orten mit ein oder zwei Vereinen lag der Sport brach und auch in den Städten, in denen der Rasensport in hoher Blüte stand, stand das Räderwerk fast ganz still.

Reisen sind also für den Fußballsport unumgänglich notwendig und es ist doch wünschenswert, daß unsere deutschen Vereine recht schnell ihren Sportverkehr im vollen Umfange wieder aufnehmen können. Vielleicht bricht sich einmal an den zuständigen Reichsstellen der Gedanke durch, daß durch Fahrtermäßigung für Reisen von Fußballmannschaften dem Sport außerordentliche Anregungen gegeben würden, damit nicht nur die großen Vereine sich Reisen leisten können, sondern auch kleine, die sich aus Mangel an Mitteln das bisher nicht leisten konnten.

Verein für Bewegungsspiele. (E. B.)

*

♢ **Sportnachrichten aus Halle.** Unter dem Namen „Verein für Leibesübungen“ haben sich am Dienstag zwei große bekannte Vereine, der „Kaufmännische Turnverein“ und der „Hallesche Fußball-Klub von 1896“, verschmolzen. Der Verein zählt zurzeit 1200 Mitglieder und dürfte somit der größte Sportverein Mitteldeutschlands sein. In den Vorstand wurden gewählt: Lehrer Häbicke (H. F.-K. 96), Direktor Traus (K. T.-V.) und Jahncke (H. F.-K. 96).

♢ **Stadt-Achter-Rennen in Halle.** Das vom Saale-Regatta-Verein veranstaltete Stadt-Achter-Rennen findet am kommenden Sonntag, nachm. 3½ Uhr, auf der unteren Saale statt. Gemeldet haben von Hallescher Verbandsvereinen: Hallescher Ruder-Verein Böllberg, Hallescher Ruder-Klub und die Ruder-Gesellschaft von 1874.

Handel und Verkehr.

= **Zuckerfabrik Marktranstädt.** Der Bruttoertrag ist im letzten Geschäftsjahre auf 2,12 (1,99) Mill. Mark gestiegen. Der Betrieb erforderte 2,06 (1,88) Mill. Mark. Der Reingewinn einschl. Vortrag beläuft sich auf 45 500 (47 500) Mark. Nach der Bilanz sind Vorräte auf 629 000 (346 100) Mark, Debitoren auf 872 900 (766 900) Mark zurückgegangen, Kreditoren auf 927 900 (796 200) Mark zurückgegangen.

= **Aus der Ziegelindustrie.** Der Mitteldeutsche Ziegelverband erhöhte mit Rückwirkung vom 1. September ab die Preise für Mauersteine um 10 M, für Biberschwänze um 15 bis 20 M, für Pfannen um 20 M und für Falzziegel um 30 M für 1000 Stück.

= **Preiserhöhungen in der Metallindustrie.** Die Schlosserkonvention hat den Preisaufschlag für Möbelschlösser von 225 Prozent auf 400 Prozent erhöht. — Die Wagenfedervereinigung hat eine Erhöhung des Preisaufschlages für Rollenfedern von 100 auf 150 Prozent und für Elliptikfedern von 110 auf 160 Prozent vorgenommen.

Vermischtes.

* **Die Vollendung der Suez-Kanal-Bahn.** Die von den Engländern während des Krieges aus militärischen Gründen erbaute Bahnlinie vom Suezkanal nach Palästina ist jetzt, wie „Der neue Orient“ berichtet, zum Abschluß gebracht worden. Dadurch ist die Verbindung zwischen dem ägyptischen Eisenbahnnetz und den syrischen Bahnen hergestellt. Da noch kurz vor Beendigung des Krieges von den Deutschen der Anschluß des syrischen Bahnnetzes an die anatolischen Bahnen durch Vollendung des Taurustunnels fertiggestellt wurde, ist es nunmehr möglich Afrika von Europa aus auf dem Landwege zu erreichen. Allerdings wird diese Landreise durch den Bosporus unterbrochen, dessen Untertunnelung aber auch schon erwogen wird.

* **Der Zigarettenverbrauch.** Vom finanziellen Standpunkt, der angesichts der Notlage des Reiches entscheidend sein muß, rechtfertigt sich die erneute starke steuerliche Belastung der Zigarette durch die stetige und außerordentlich starke Zunahme, die der Verbrauch dieses Tabakerzeugnisses unausgesetzt erfahren hat. Während im Jahre 1907 insgesamt 5,8 Milliarden Zigaretten versteuert wurden und bis 1913 eine Steigerung auf 18 Milliarden eingetreten war, brachten die Kriegsjahre weitere außerordentlich starke Steigerungen: auf 16,7 Milliarden in 1914, auf 23,8 Milliarden in 1915, auf nahezu 27 Milliarden in 1916.

* **Die amerikanischen Minensucher** in der Nordsee hatten bis zum 13. August 3200 Minen beseitigt. 24 Fahrzeuge, jedes mit 15 Mann Besatzung sind an der Arbeit beteiligt.

* **Braunkohlenfunde in der Rhön.** Bei Kirstinghoff und Oberzella in der Rhön wurden neue Braunkohlenlager erbohrt. Der Firma Louis Hellbach in Springen bei Dorndorf wurde unter dem Namen Braunkohlenwerk Kirstinghoff in den dortigen Fluren Bergwerkseigentum in einem Felde von 1,9 Mill. Quadratmeter zum Abbau der Braunkohle verliehen.

Cinophon-Theater
Fernruf 215. Große Ritterstraße 1. Fernruf 215.

Ab Freitag bis Montag:
Oda Ibsens Geschichte!
Eine Finale zum Tagebuch einer Verlorenen nach dem Roman von Margarethe Böhme in 5 Akten.
Präriegrauen oder Im Kampfe mit Rebellen!
— Sensationsdrama in 2 Akten. —
(Mexikanische Original-Aufnahme.)
Außerdem das Beiprogramm!
Sonntag ab 3 Uhr: Jugendvorstellung, ab 5 u. 7½ Uhr: Vorstellungen f. Erwachsene.

Von der Reise zurück!
Dr. med. Wolf.

Herren-Anzugstoffe
(Reichsware)
in sehr starken Qualitäten und praktischen Farben
Meter M. 23.—
vorzüglich geeignet für Männer-Werktagsanzüge und Knaben-Schulanzüge.
Bessere Herren-Anzugstoffe
— in großer Auswahl und vielen Preislagen. —
Sämtliche Futterstoffe und Zutaten
für die Herrenschneiderei zu niedrigsten Tagespreisen.
Otto Dobkowitz.

Kammer-Lichtspiele
Ab Freitag bis Montag:
Henny Porten in dem mit allem Humor gewürzten prächtigen 4aktigen Lustspiel
Ihr Sport!
Die Erbschaft von New-York!
Aus dem Tagebuch d. Detekt. Nic Carter, 4 Akt.
Die Sühne!
Tief ergreif. Ehedrama in 4 Akt m. Maria Fein.
Sonntag ab 3 Uhr: gr. Jugendvorstellung. Ab 4½ und 7½ Uhr: Vorstellungen für Erwachsene.

Knapendorf.
Sonntag, den 28. September, von nachm. 3 Uhr an,
Tänzchen
und ½8 Uhr abends
großer Theater-Abend,
veranstaltet vom Hum Theater-Klub „Frohsinn“. Dazu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Freitag abend von 7 Uhr ab
Bockbraten
Kyffhäuser

Die neueste deutsche Mode
Preis M. 2.50.
Schnittmuster sofort.
Alleinverkauf
Frz. Hildebrandt, kl. Ritterstr. 13

Wer fertigt Hausschuhe an?
Stoff wird geliefert! Offerten unt. Hausschuhe an die Exp. d. Bl.

Verein für Feuerbestattung in Merseburg und Umgeg. E. V.
Jahresbeitrag nur 2 Mk. Erhebliche Vorteile.
Auskunft durch den Vorstand.
Sonnabend 8Uhr Versammlung im Alten Dessauer.

Auto-Engel!
Fernruf 203.
Fahrräder, Nähmaschinen,
Waschmaschinen
Wringmaschinen
Schreibmaschinen
Motorräder
Ersatzteile
Öle, Fette
Fahrradschläuche
Fahrraddecken
empfiehlt
Gustav Engel
Merseburg, Weißenfelser Str. 7.
Fernruf 203.

B.-V. Gutenberg
Am Sonnabend 7 Uhr abends
Tänzchen
im Kaffeehaus Menschau
Mitglieder und Gäste ladet herzl. ein Der Vorstand.

Crölltwitz.
Sonnabend, den 27. d. M., abends 7 Uhr
große Ballmusik.
Es ladet frdl. ein H. Betterle.

Das schönste blonde
Haar
bei Gebrauch meines
Kamillen-Kopfwassers.
Otto Stiebritz,
Parfümerie,
— Gotthardstraße 82. —

Frauen u. Mädchen
welche an Ausfluß leiden, gibt vertrauensvoll Auskunft unter „Leben und Gesundheit 4“ Berlin SW. 13 postlagernd.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent“.

Qualität ist alles!
Ich bin die Qualität!
Enttäuschung, Ärger und Schaden wird vermieden durch den Schuhputz
Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg., für Ziffernanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 217 — Freitag, den 26. September 1919 — 46. Jahrg.

Die Arbeitsverfassung in den Betrieben.

Von Anton Erkelenz-Düsseldorf, Mitglied der Nationalversammlung.

Das Betriebsrätegesetz sieht in der ersten Lesung. Wir treten in die vor 15 Jahren von Naumann in Aussicht gestellte Zeit ein, in der vor allem die Arbeitnehmer und Unternehmer der Industrie den Weg zu einer Verfassung der Arbeit suchen und finden müssen. Lloyd Georges Ankündigung in der „Futur" beweist, daß das Land der Sieger sich mit denselben Fragen abzuquälen hat wie das Land der Besiegten. Wir können zum alten Arbeitsverhältnis der Unterordnung, des halbmilitärischen Gehorsams im Betriebe nicht zurückkehren. Aber wir müssen einen Weg in das Neue finden der unsere Wirtschaft nicht stört und zerstört, der die Betriebe nicht zum Tummelplatz politischer Leidenschaften macht, der nicht den Arbeitseifer und Arbeitswillen der Betriebsleitungen aufhebt.

Der Regierungsentwurf wird diesen Voraussetzungen nicht gerecht. Er fußt gegen seinen Willen auf dem Gedanken des Klassengegensatzes. Der Betriebsrat als Klassenorgan der Arbeitnehmer tritt gegen die Betriebsleitung in Kampfstellung, wird vom ersten Tage ab leicht in die Gefahr geraten, das Errungene nur als Vorstoße zu weiteren Forderungen nach Eingriffen in den Betrieb zu betrachten. Das Ende ist der scheinsozialistische Syndikalismus, der Egoismus der Betriebsarbeiter gegen die soziale Gemeinschaft.

Diesen grundsätzlichen Bedenken trägt ein Gesetzentwurf Rechnung, der vom Kongreß der freiheitlich-nationalen Arbeiter und Angestellten soeben der Nationalversammlung vorgelegt wird. Er wandelt den Betriebsrat zu einem Organ um, in dem Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gemeinsam zu gleichen Teilen über die Angelegenheiten beraten, die als gemeinsame Interessen aller im Betriebe tätigen Kräfte zu betrachten sind. Die einseitigen, die Klasseninteressen, vertreten die Gewerkschaften und Gewerkvereine im Tarifvertrag, und durch die Angestellten- bezw. Arbeiterausschüsse im Betriebe haben sie auch dort Einfluß. Zu gemeinsamen Betriebsrat aber, der so von den kleinen Kämpfen um Lohn- und Gehaltsfragen befreit ist, können die Angelegenheiten zur Erledigung gelangen, in denen das Betriebsinteresse im ganzen zur Geltung kommt.

Damit ist ein grundsätzlich neuer Weg gezeigt, der selbst dann noch weitere Kreise beschäftigen wird, wenn er jetzt nicht angenommen werden sollte. Deshalb trägt der Gesetzentwurf auch den Titel: „Gesetz betr. die Arbeitsverfassung in den Betrieben", weil er versucht, im Betriebe, und zwar besonders in den größeren Betrieben, rechtliche Einrichtungen zu schaffen, die die bisherigen Reibungen aufzulösen geeignet sind. Er ist zum Preise von 1 ℳ zu haben im Verlag „Kongreß freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände" in Berlin, Greifswalder Straße 221.

Der Gesetzentwurf der Regierung bedeutet nach drei Richtungen eine Gefahr für die Gewerkvereins- und Gewerkschaftsbewegung. Da er wider Willen dem Syndikalismus den Weg ebnet, kann er zur Zerschlagung der allgemeinen Berufsvereine oder mindestens zu einem langen, harten Kampf zwischen dem sozialen Interesse aller Arbeiter und dem egoistischen Interesse der Syndikalisten in den bessergestellten Betrieben führen. Zweitens kann der Betriebsrat zur Organisation der Unorganisierten, der Zahlungsfaulen, Bequemen führen. Und drittens kann bei einem geschickten Unternehmer der Betriebsrat zur gelben Organisation werden, durch die die allgemeine Gewerkschaftsbewegung in den Hintergrund gedrängt wird. Der Gesetzentwurf des Kongresses vermeidet diesen Weg, indem er durch den Aufbau der Betriebsräte einerseits, der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse andererseits und durch besondere Bestimmungen über die Beziehungen der Gewerkschaften zum Betriebe diese zum Mitträger der Organisation macht.

Aus den Kreisen der Unternehmer kommt viel Widerspruch gegen das Betriebsrätegesetz. Das Gesetz enthält einige Bestimmungen, die, ohne den Arbeitnehmern zu nützen, von den Unternehmern als eine Plage empfunden werden. Die Demokratische Fraktion hat als Partei der Arbeit die Aufgabe, der Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses die Bahn zu ebnen und dabei den ungeübten Fortgang der Betriebe [illegible] nen das nicht erreichen. [illegible] olkskreise eingehen, eine [illegible] hung. Diese Gedanken [illegible] tungen von rechts und [illegible] ehmer sich hüten müssen, [illegible] ie unvermeidlichen Um- [illegible] chlerhaftigkeit der jahr- [illegible] ften wird heute allseitig [illegible] s Kongresses weist den [illegible] h treffen können.

[illegible] urf gemacht, daß er von „politisch" bedeuten soll, [illegible] der Unternehmer und [illegible] schaftsarbeit in Deutsch- [illegible] n Vorwurf sondern ein [illegible] onnes, Paragraphen zu [illegible] die den Fortgang des [illegible] de reifer Staatsbürger, [illegible] ulaufen, sondern durch [illegible] Wille der Staatsmänner [illegible] en weder Arbeiter noch [illegible] Ablehnung aller Mitarbeit [illegible]

Neueste Nachrichten.

Neuregelung der Arbeitsbedingungen im Bergbau.

Berlin, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Wie die Neue Berl. Zeitung hört, sollen die Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau einer weitgehenden Neuregelung unterzogen werden. Diese hat das Ziel, die Arbeitslust zu fördern. Es wird auch geplant, die Lebenshaltung der Bergarbeiter zu verbessern und ihnen besondere Zuschläge in der Lebensmittelversorgung zukommen zu lassen. Mit dieser Verbesserung ist auch die beabsichtigte Preiserhöhung der Kohlen in Zusammenhang zu bringen.

Sperrung Bremens für die Schiffahrt infolge des Streiks.

Bremen, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Wie ein hiesiges Blatt erfährt, ist nach Rotterdam die Weisung gegeben worden, wegen des Streiks in Bremen vorläufig keine Schiffe nach Bremen zu leiten und die nach Bremen unterwegs befindlichen Schiffe nach einem anderen Hafen fahren zu lassen. Ein für Bremen bestimmt gewesener größerer Baumwolldampfer von etwa 11 000 Tonnen ist bereits in Rotterdam festgehalten und dort gelöscht worden.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Amsterdam, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Das Blatt „Telegraaf" meldet aus Brüssel, daß an der Völkerbundskonferenz der Alliierten und Neutralen, die im nächsten Monat in Brüssel stattfindet, von den Neutralen Holland und die Schweiz teilnehmen werden. Jedes Land wird 10 Abgeordnete entsenden. Das Ziel der Völkerbundskonferenz ist, alle Völkerbundsorganisationen in den verschiedenen Ländern zu einer großen internationalen Organisation, deren Sitz vorläufig in Brüssel sein soll, zu verschmelzen. Der Plan geht von Leon Bourgois aus.

Ein Zeichen von Verstand in Frankreich.

Bern, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Der Pariser „Temps" schreibt: Man muß in Zukunft weniger in der Schweiz und mehr in Deutschland einkaufen. Der gesunde Menschenverstand verlangt gebieterisch, daß wir in jenem Lande einkaufen, wo der Franc ein Aufgeld erbringt. Man darf sich keiner Täuschung hingeben, denn gewisse Produkte, die wir in England oder in der Schweiz einkaufen, sind rein deutsche Produkte. Dazu bemerkt das „Berner Tageblatt": Diese Anstalten des Pariser „Temps" hätte noch vor Wochen niemand für möglich gehalten.

Die deutschen Truppen in Mitau.

Kopenhagen, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Das Lettische Preßbüro meldet, daß in Mitau am 19. September direkt aus Deutschland in Eisenbahnzügen Mannschaften, Kriegsmaterial und vier weittragende Geschütze unter dem Kommando des Hauptmanns Krahye eingetroffen sind. Eine weitere Batterie schwerster Artillerie sei unterwegs.

Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Die Herren Wroblewski, Korfanty und Diamont sind heute von Posen nach Berlin abgereist, um die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen vorzubereiten.

Folgen des Hafenarbeiterstreiks in Kopenhagen.

Hamburg, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Das Hamburger Fremdenblatt berichtet aus Kopenhagen: Die Meldung, daß die amerikanischen Reedereien infolge des andauernden Hafenarbeiterstreiks beabsichtigen, in Zukunft ihre Schiffe statt nach Kopenhagen nach Hamburg zu dirigieren, wird bestätigt. Gestern ist bereits ein großer amerikanischer Dampfer, der eine Ladung Spirituosen und Textilwaren an Bord hatte, nach Hamburg abgegangen, nachdem er über drei Wochen im Kopenhagener Hafen vergeblich auf das Auslöschen gewartet hatte.

Der Streik der Metallarbeiterstreik.

Berlin, 25. Sept. (Priv.-Tel.) Wie die „B. Ztg." meldet, wird die Direktion der Siemenswerke das Ultimatum ablehnen, das ihre Heizer ihr gestern abend mit neuen Forderungen überreicht haben, die weit über die Zugeständnisse des Schlichtungsausschusses hinausgehen. Am heutigen Abend findet eine Versammlung der Handwerkvertreuenslente in der Metallindustrie statt, in der über die Streiklage beraten werden soll.

Wilsons Entscheidung über Fiume.

Zürich, 25. Sept. Nach Meldungen italienischer Zeitungen ist die von der Regierung erwartete Antwort Wilsons eingetroffen. Danach verlangt der amerikanische Präsident vor jeder Entscheidung, daß d'Annunzio Fiume räume. Ob d'Annunzio dieser Bedingung nachkommt, ist unbekannt. — Die New-Yorker Morning Sun meldet, daß Präsident Wilson sich durch keine Volksbewegung in Italien beeinflussen ließe, von seinem Plan abzugehen, da eine Änderung zweifellos zu einem Kriege zwischen Italien und den Südslawen führen müsse, wie unterrichtete Diplomaten versichern. Daher würde der Präsident zweifellos auch die vergangenen Mittwoch gemachten Vorschläge Italiens verwerfen, trotzdem Großbritannien und Frankreich sie gutgeheißen hätten. Trotzdem Lloyd George und Clemenceau die Stadt Fiume an Italien geben und den Hafen internationalisieren wollen, sei Präsident Wilson der Meinung, daß Stadt und Hafen nicht getrennt werden können, und daß das einzige, was er annehmen könne, die Internationalisierung beider Teile und ihre Stellung unter den Völkerbund sei. Der Präsident müsse die Weltinteressen in Betracht ziehen und alle zukünftigen Möglichkeiten überdenken, um einen ferneren Krieg zu vermeiden. Die Tatsache, daß zwei bedeutende europäische Staatsmänner gegen ihn sind, hat keinen großen Eindruck auf ihn gemacht.

---

maliger Kriegsgefangener und des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

Die Versammlung spricht ihre Befriedigung aus über die bisher von England, Amerika, Italien und Serbien vorgenommene Heimführung der Kriegsgefangenen und erwartet, daß die englische Regierung nunmehr auch die in den Kolonien und Überseeländern Internierten zurückgibt. Sie legt schärfste Verwahrung ein gegen die von englischer Seite in manchen Gefangenenlagern verbreitete Behauptung, daß an der Verzögerung der Heimschaffung die deutsche Regierung schuld sei. Mit allem Nachdruck wendet sich die Versammlung gegen die französische Regierung, die sich als einzige der Heimschaffung der Gefangenen vor der Ratifizierung des Friedens widersetzt, lehnt jede Verquickung der Auslieferung mit irgendeiner von Deutschland zu fordernden Leistung auf das entschiedenste ab und erwartet, daß bis zum Weihnachtsfest alle deutschen Gefangenen aus Frankreich der Heimat zurückgegeben sind. Aufs schärfste verurteilt sie, daß die Ententeregierungen, allen Geboten der Menschlichkeit entgegen, die bestraften deutschen Gefangenen nach Ratifizierung des Friedens auf unbestimmte Zeit in den Gefängnissen zurückbehalten wollen. Die Versammlung weist auf die besonders verzweifelte Lage der noch in Rumänien, Turkestan und dem Kaukasus befindlichen deutschen Gefangenen hin. Die Versammlung erkennt an, daß der Bund der Heimschaffung der sibirischen Gefangenen das amerikanische Rote Kreuz zur Lösung dieser Frage beigetragen hat. Sie erwartet, daß die deutsche Regierung Mittel und Wege finde, die Gefangenen aus Sibirien vor weiterem Winteraufenthalt zu bewahren.

Die Versammlung beschloß ferner, folgenden

Funkspruch

an die der Heimat noch fernen Kriegsgefangenen zu leiten:

„Brüder! Die Heimat denkt an Euch, heut wie sonst, als Ihr die Freiheit verlort. Das deutsche Volk hat Euch nicht vergessen. Wenn Ihr uns wiedergegeben seid, werdet Ihr erkennen, was wir für Euch taten. Wir ruhen und rasten nicht, bis Ihr Eure Heimat, Eure Lieben wiedergewonnen. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen und der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen grüßen Euch über Raum und Zeit, durch Gefängnismauern und Stacheldraht. Glaubt auch weiter an Eure Heimat, an diejenigen, die Eurer stets gedenken."

Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen hat in einer besonderen Entschließung einmütig seinen Willen zum Ausdruck gebracht, seine volle Kraft für die weitere Befreiung der Gefangenen einzusetzen.

87 500 Heimkehrer.

Berlin, 25. Sept. Die Reichszentralstelle für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: In den Durchgangslagern sind bis einschließlich 23. September rund 87 500 Heimkehrer eingetroffen. Am 22. September sind zurückgekehrt: Nach Durchgangslager Lechfeld 1322 Gefangene aus Amerika, nach Magdeburg über Meschede 354 Gefangene aus einem englischen Gefangenenlager, nach dem Sennelager 1100 Gefangene aus England, nach Altengrabow 1174 Gefangene aus England, nach Heuberg 1270 Gefangene aus Amerika, nach Rastatt 1325 Gefangene aus Amerika, nach Zittau 1327 Gefangene aus England, nach Münster 1234 Gefangene aus England, nach Gießen 424 Gefangene aus England, nach Wetzlar 500 Gefangene aus England, nach Münster 1174 Gefangene aus England.

Zur Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Berlin, 25. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung richtete laut „Vorwärts" an die französische sozialistische Kammerfraktion die telegraphische Bitte, alle Kräfte für die schnellste Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

Die Gefangenen aus Belgien kehren heim.

Versailles, 25. Sept. „Nation Belge" teilt mit, daß die belgische Regierung am 25. September mit dem Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen beginnen werde. Täglich wird ein Zug mit 1000 Kriegsgefangenen bis zur Grenze der besetzten Zone fahren.

Viehablieferungsverhandlungen in Versailles.

Geheimer Regierungsrat v. Ostertag, Leiter der Reichsfleischstelle, ist zusammen mit dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Thomsen vom Preußischen Landwirtschaftsministerium zu Verhandlungen über die Nutzviehablieferung an Frankreich und Belgien nach Versailles entsandt worden.

„Vaterland" und „Imperator".

Aus New York wird gemeldet: Der Dampfer „Leviathar" (Vaterland) wird für den Passagierverkehr New York— Cherbourg—Southampton fertiggestellt. Der Umbau der Maschinen für Ölfeuerung und die Wiederverwendung des Schiffes für Passagierzwecke wird etwa 700 000 Dollar kosten. — Der „Imperator" wurde der Cunard-Linie überwiesen.

Vor der Besetzung Oberschlesiens?

Beuthen, 25. Sept. Wie der „Katholik" aus Warschau erfährt, erklärte in der letzten Sitzung des Auschusses für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages der stellvertretende Minister des Äußern Szerzyski, daß nach zuverlässigen vorliegenden Meldungen die Besetzung Oberschlesiens durch die Ententetruppen noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages seitens Frankreichs und Italiens erfolgen werde, und zwar bereits Anfang Oktober. — Wahrscheinlich wird diese „zuverlässige" Nachricht wieder ihr Dementi finden.

Eine Völkerbundskonferenz in Brüssel.

„Telegraaf" meldet aus dem Haag, daß im Laufe des kommenden Monats in Brüssel eine Konferenz zur Beratung von Verbesserungen an den Völkerbundssatzungen stattfinden soll, an der sich die Völkerbundsorganisationen der alliierten und neutralen Länder beteiligen würden.

Die Gärung in Elsaß-Lothringen

hat von den Eisenbahnern nunmehr auch auf die Postbeamtenschaft übergegriffen. Der elsaß-lothringische Postbeamtenverband stellte soeben dem Generalinspektor Martz folgendes Ultimatum: 1. daß die äußerst dringliche Reform der Gehälter nur vorgenommen werden darf im Einvernehmen mit dem elsaß-lothringischen Statut; 2. Zahlung der französischen Teuerungszulagen mit Wirkung vom 11. November 1918 usw.; 3. sofortige Überleitung der zur Zeit unbesetzten oder nur provisorisch besetzten Stellen an elsaß-lothringisches Personal. „Mit Rücksicht darauf, daß den Forderungen des Personals seit neun Monaten nicht entsprochen worden ist, wird als letzte Frist einer günstigen Zusage der 1. Oktober festgesetzt, unter der bestimmten Voraussetzung, daß die paritätische Kommission sofort in Tätigkeit tritt."

Der frühere Chef des Eisenbahn-Hauptdepots in Metz-Sablon, Nègre, dessen Entlassung — die erste Forderung der streikenden Eisenbahner — von der Generaldirektion bewilligt werden mußte, schildert im „Rhin Français" den Besuch der Gewerkschaftsvorsitzenden, der den unmittelbaren Anlaß zum Streikausbruch gab. Die beiden Eisenbahnerführer hätten ihm „wörtlich" erklärt: „Das Elsaß gehört zunächst den Elsässern und Lothringern, und es war wahrlich nicht der Mühe wert, die Deutschen fortzuschicken, wenn die Franzosen jetzt alle guten Plätze in den Eisenbahnen, in der Industrie und im Handel einnehmen. Nichts funktioniert mehr richtig; wir werden oft beleidigt, und wenn wir Deutsch sprechen, werden wir mit „Sales Boches" tituliert. Man erschwert uns das Reisen; man spioniert uns aus und drückt auf uns. Wir waren glücklicher, als wir deutsch waren. (!!) Wir machen so nicht weiter, und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190926-13/fragment/page=0007